

P R O T O K O L L

über die 34. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 14. April 1983, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.30 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

VORSITZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss

VICEBÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Konrad Kinzelhofer

Manfred Wallner

Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Walter Heumann

Karl Hochrather

Karl Holub

Dr. Kurt Keiler

Wilhelm Kern

Walter Köhler

Herbert Lang

Otilie Liebl

Johann Manetsgruber

Franz Mayr

Josef Radler

Friedrich Reisner

Franz Rohrauer

Erich Sablik

Erwin Schuster

Herbert Schwarz

Ernst Seidl

Franz Steinparzer

Otto Trembl

Dkfm. Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor-Stellvertreter

Senatsrat Dr. Franz Knapp

Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat

Alfred Eckl

VB Dr. Kurt Schmidl

VOK. Heinz Ruckerbauer

OAR. Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

MK. Dr. Gerhard Alphasamer

VB. Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

F-395/73 Wa-4125/73	Aktion "Essen auf Rädern"; Ankauf eines Zustellfahrzeuges. Sanierung der Mülldeponie Steyr; Erstellung eines Detailprojektes durch Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Kurt Ingerle.
GHJ1-984/83	Ankauf eines Diktiergerätes und eines Wiedergabegerätes samt Zubehör für die Magistratsdirektion.
JW-6222/80	Verein "Aktion Tagesmütter Oberösterreich"; Jahresbeitrag 1983.
Bau3-2940/81	Bauvorhaben Resthof II; Marktplatzgestaltung; Kostenüberschreitung.
En-7181/82	Glüh- und Sonderlampen für die öffentliche Straßenbeleuchtung und für Verkehrslichtsignalanlagen; Ankauf für 1983.
Bau3-3956/81	Aufschließung Josef Fellingner-Siedlung; Leerverrohrung für Fernsprechleitung.
Bau5-720/83	Sportplatz Rennbahn - Garderobengebäude; Einbau einer Naßzelle.
GHJ2-1466/83	Frauenberufsschule Stelzhamerstraße 11; Reparatur der Zentralheizung.
Bau5-1091/83	Taborrestaurant, Taborweg 7; Baumeisterarbeiten.
ÖAG-1371/83	Stadtwerke Steyr, Brunnenschutzgebiet; Refundierung von Ausgaben für 1982.
ÖAG-1577/83	Ankauf eines gebrauchten Müllwagens.
GHJ2-1747/83	Reparatur der Stützmauer an der südlichen Grundgrenze der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr, Sierninger Straße 53.
Ha-1403/83	Kleingartenverein Steyr Eysfeld; Gewährung einer Subvention zur Erneuerung einer Stützmauer.

Verhandlungsgegenstände:

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

- 1) Präs-143/83 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Magistratsdirektor OSR. Dr. Johann Eder.

- 2) Präs-149/83 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Rechnungsdirektor OAR Ludwig Stary.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 3) Bau2-4520/81 Wettbewerb Wehrgraben; Mittelfreigabe.
4) Präs-1218/82 Bedienstete des Schemas III; Korrektur der Gehaltsansätze. Städtebund
5) Pers-127/83 Reg. Rat VB Anneliese Clar; Pensionszuschuß.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHÜBER:

- 6) ÖAG-2323/80 Ankauf der Grundparzellen 1576/1 und 1575/3 KG. Föhrenschacherl von Josef Krenn; neuerliche Kaufpreisfreigabe.
7) GHJ2-5810/82 Gemeindeeigenes Objekt Brucknerstraße 2; Instandsetzungsarbeiten.
8) GHJ2-5809/82 Gemeindeeigenes Objekt Brucknerstraße 4; Instandsetzungsarbeiten.
9) GHJ2-642/83 Volksschule Gleink; Fassadeninstandsetzung und Zaunerneuerung.
10) GHJ1-5046/82 Telefonanlage im Rathaus; Modernisierung und Erweiterung; Ergänzung des GR.-Beschlusses vom 16. 12. 1982.
11) Bau6-1782/76 Zentrale Kläranlage in Hausleiten; Stromversorgung.
12) Ha-2388/76 ABA BA 02 und BA 03; Förderung durch das Land Oberösterreich; Haftungsübernahme.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- 13) ÖAG-766/83 Ankauf von Sphärogußrohren für das städtische Wasserwerk und Gaswerk (Jahresbedarf 1983). Stadtwerke
14) ÖAG-463/83 Stadtwerke Steyr, Verkehrsbetrieb; Grundleistung gemäß § 21 Abs. 1 Z. 3 FAG 1979 für das Jahr 1983 (Teilzahlung). Stadtwerke
15) ÖAG-1776/83 Städtisches Gaswerk; Errichtung von Erdgasreduzierstationen in der Seifentruhe und Arbeiterstraße. Stadtwerke
16) ÖAG-6116/79 Trinkwasserversorgung Neustift, Gleink und Weinzierl; Vergabe der Baumeisterarbeiten für den HB Neustift und Aufschließungsleitungen. Stadtwerke
17) Bau5-4007/81 Städtische Bäder; weitere Sanierungsmaßnahmen im Freibadbereich; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 6. 7. 1982.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 18) Bau2- 640/83 Bauvorhaben Möbel Leiner; Bausperre Nr. 5; ausnahmsweise Bau5-1160/83 Zustimmung zur Bauplatz- und Baubewilligung.
19) Bau2-2319/79 Abänderung des Bebauungsplanes 13 a "Hinterberg"; 2. Verlängerung der Bausperre Nr. 2.
20) Bau3-266/80 Abstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße; Tunnelspärlösung; Erklärung als Gemeindestraße.
21) Bau3-3956/81 Aufschließung Josef Fellingner-Siedlung; Stromversorgungskabel.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 22) Bau3-7199/80 Regulierung der Hinterberger Straße; Übernahme von Flächenteilen in das öffentliche Gut.
- 23) VerkR-5410/79 Geh- und Radfahrweg Aschacher Straße; Grundeinlöse.
- 24) Bau3-266/80 Abstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße; Vergabe der Bauarbeiten.
- 25) Bau3-1501/72 Umfahrung Märzenkeller; Errichtung der Märzenkellerbrücke; Baukostenbeitrag der Stadt - Restzahlung.
- 26) Bau3-5992/80 Unterführung Neuschönauer Hauptstraße beim Isabellenhof; Straßen- und Kanalbau; Mittelfreigabe für den Straßenbau.
- 27) Bau3-1545/77 Fußgängerunterführung Blümelhubervilla; Mittelfreigabe.
- 28) Bau5-130/79 Übernahme des Kanales in der Kammermayrstraße in das öffentliche Gut; Refundierung der Kosten.
- 29) En-1081/83 Straßenbeleuchtungsprogramm 1983.
- 30) Ha-1311/83 Arztpraxis Resthof; Gewährung eines Finanzierungszuschusses an die GWG.
- 31) Präs-486/78 Förderung der 2. Ausbaustufe von 1.000 auf 1.800 Arbeitsplätze des BMW-Steyr-Motorenwerkes.
- 32) Pers-265/83 Gewährung einer Subvention an die Personalvertretung des Magistrates Steyr zur Durchführung von Personalbetreuungsaufgaben.
- 33) Ha-165/83 Fremdenverkehrsverband Steyr; Subvention 1983 und Personalkostenersatz.
- 34) Buch-6700/82 Deckung des außerordentlichen Haushaltes 1982 und Entnahmen aus Rücklagen.
- 35) Buch-6700/82 Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1982.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 36) FW-850/82 Ankauf eines Universallöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr; Restzahlung.
- 37) Gem-7401/82 Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr; entgeltliche Einsatzleistungen und entgeltliche Bereitstellung von Geräten; Erlassung einer Tarifordnung.
Gem-6587/77

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur heutigen Gemeinderatsitzung recht herzlich. Laut Tagesordnung liegen wieder eine Reihe von Punkten zur Behandlung vor. Ich darf zunächst einmal die Sitzung für eröffnet erklären und darf feststellen, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist, obwohl eine größere Zahl von Gemeinderäten entschuldigt ist.

Als Protokollprüfer für heute darf ich vorschlagen die Herren Gemeinderäte Dr. Keiler und Mayr. Wie ich sehe, stimmen beide Herren ihrer Nominierung zu.

Wie ich schon erwähnte, gibt es diesmal mehrere Entschuldigungen, und zwar Stadtrat Wippersberger, er befindet sich aus familiären Gründen in Rumänien, Stadtrat Feuerhuber ist im Krankenhaus, die Gemeinderäte Leithenmayr und Pimpl sind gebunden beim Besuch des Sozialministers in den Steyr-Werken. Außerdem haben sich noch entschuldigt Gemeinderat Steinmassl und Mausz. Die Beschlußfähigkeit ist aber trotz der vielen Entschuldigungen gesichert.

Anfragen sind keine eingelangt. An Mitteilungen meinerseits habe ich einige Punkte, die ich Ihnen berichten möchte. Durch die Abwesenheit der Stadträte Feuerhuber und Wippersberger ist eine Umstellung in der Berichterstattung notwendig. Anstelle von Stadtrat Feuerhuber wird Frau Stadtrat Ehrenhuber berichten, ausgenommen jenen Punkt, der die Telefonanlage im Rathaus betrifft, dieser wurde Kollegen Schwarz zugeordnet. Es handelt sich dabei um den 5. Tagesordnungspunkt aus dem Referat Feuerhuber. Anstelle von Stadtrat Wippersberger wird Gemeinderat Dkfm. Zagler die Berichterstattung der betreffenden Punkte übernehmen. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Die Mitteilungen, die ich Ihnen anzubieten habe, sind nicht unerfreulich. Ich möchte Ihnen den letzten Bericht des Arbeitsamtes, Bezirk Steyr, zur Kenntnis bringen, der vom 7. April datiert ist und der das erste Quartal des Jahres 1983 beinhaltet – und zwar die Monate Jänner, Februar und März. Es kommt hier zum Ausdruck, daß sich die Beschäftigungssituation generell gebessert hat. Es sind gegenwärtig 1619 Arbeitslose vorgemerkt. Sie erinnern sich sicher noch daran, im Jänner mußte ich Ihnen noch von einer Zahl über 2.000 berichten. Es sind also 1619 Arbeitsuchende vorgemerkt, und zwar 1.024 Männer und 595 weibliche Arbeitsuchende. Die Zahl der Arbeitsuchenden hat sich somit im bewußten Zeitraum, gegenüber dem Vormonat Februar, um 330 vermindert, das sind 16,9 %. Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß das Frühjahr, vielleicht auch bedingt durch den milden Winter, in der Bauwirtschaft schon früher den Erfolg in der Beschäftigung gebracht hat. Sicher spielen auch andere nicht unerhebliche Faktoren hier mit. Die bessere Auslastung der Betriebe auch im Klein- und Mittelbetriebsbereich wird in diesem Bericht hervorgehoben. Gegenüber dem Vorjahr ist allerdings immer noch die Arbeitslosenzahl um 482 höher als im März 1982. Dem steht auch gegenüber, daß wir seit längerer Zeit die höchste Zuwachsrate bei den gemeldeten offenen Stellen zu verzeichnen haben und auch gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres ist heuer bereits ein Plus in dieser Richtung zu verzeichnen. Die Steigerung im Jahresvergleich, also von März 1982 bis März 1983, beträgt 11,25 %. Es gibt also heute mehr offene Stellen als voriges Jahr. Ein Nebeneffekt, der auch nicht gerade als schlecht zu bezeichnen ist, kommt aus der großen Streuung dieser offenen Stellen, was die Branchen- bzw. Betriebsverschiedenheit betrifft. Gerade in unserem Bereich, wo die Metallwirtschaft überwiegt, ist das sicher ein ausgleichender Faktor. Aus diesem Bericht geht letztlich hervor, daß sich die Entwicklung, die sich hier angebahnt hat, und zwar erst seit Jahresbeginn, nach den Einschätzungen der Wirtschaft und der Arbeitsmarktforschung in nächster Zeit nicht verschlechtern wird, so weit man das aus der gegenwärtigen Sicht beurteilen kann. Das bedeutet, daß das keine kurzfristige Schwankung zu sein scheint, sondern doch ein anhaltender Trend zu erwarten sein wird, was die offenen Stellen und den Rückgang der Arbeitslosenziffer betrifft. So weit zu diesem Punkt.

Eine Mitteilung vom BMW dürfte für Sie auch interessant sein. Ich habe ersucht, mir mitzuteilen, wieviele Beschäftigte bei BMW sind, die früher Angehörige der

Steyr-Daimler-Puch AG waren. Es wurde mir zur Kenntnis gebracht, daß im Jahre 1979 1 Bediensteter, im Jahre 1980 waren es 83, 1981 82, 1982 waren es 41, und 1983 sind es 29 Bedienstete, die von den Steyr-Werken zu BMW gekommen sind. Insgesamt also in diesem Zeitraum sind es 236 Arbeitnehmer oder 26 % aus der Belegschaft der Steyr-Werke, die heute bei BMW arbeiten. Darüber hinaus sind noch 200 Gesuche vorliegend bei der Personalleitung, wo Mitarbeiter der Steyr-Werke um Aufnahme ersuchen. Ich habe diesen Bericht gebracht, damit Sie die Personalsituation kennen. Unsere Forderung ist ja bekannt, der Belegschaftsstand bei BMW muß zugunsten der in Steyr ansässigen Personen erhöht werden.

Eine Mitteilung, die insbesondere das Münichholz angeht, betrifft den Kanalbau. Die ursprüngliche Absicht, bei den Kanalbaumaßnahmen im Münichholz die Straßendecke wieder zu sanieren, läßt sich nur mit sehr hohen Reparaturkosten durchführen und rechtfertigt im Vergleich zu einem Neubau nicht die zu erwartenden hohen Kosten. Es wird daher in nächster Zeit der Stadtsenat mit einigen Aufträgen befaßt werden. Ich habe bereits im Bauamt veranlaßt, daß mit der Fertigstellung des Kanalbauwerkes die gesamte Straße, beginnend von der Ahrerstraße zur Sebekstraße, neu ausgekoffert wird, eine komplett neue Straße errichtet wird und damit zugleich auf dieser Länge von ca. 800 m ein Radweg und ein Gehsteig errichtet werden. Die Differenzkosten sind nach dem Bericht des Bauamtes relativ gering, so daß dieser Neubau gerechtfertigt erscheint, weil ja sowieso aufgrund des Alters dieses Straßenzuges - sie wurde während des Krieges erbaut - früher oder später durch die Belastung ein Neubau ins Haus stehen würde. In dem Stück der Sebekstraße, bei der Kreuzung Punzerstraße - Wagnerstraße - Sebekstraße, wird eine komplette Erneuerung der Straßendecke genügen bis zum Bereich der Kreuzung Gablerstraße - Plenkelberg. Wir hoffen, daß die Bewohner von Münichholz diese Mitteilung mit Befriedigung aufnehmen, damit wir dort den Hauptverkehr mit geordneten Straßenverhältnissen wieder abwickeln können.

Von der Firma GFM liegt ein Geschäftsbericht auf, der generell aussagt, daß der Jahresumsatz wieder gehoben werden konnte, die Geschäftsergebnisse zufriedenstellend sind und vor allem die starke Exportorientiertheit sich in großen Auslandsaufträgen ausdrückt. Für die nächsten zwei Jahre wird gerechnet, daß die Vollbeschäftigung gehalten werden kann und dazu liegt auch bereits ein verstärkter Auftragseingang aus den USA vor. Das ist für uns sehr erfreulich, denn gerade die Produkte von GFM sind in ihrer Größenordnung, in ihrem Einzelwert ungeheuer und auch in ihrer Dimension werden sie von Jahr zu Jahr größer. Das hat bei diesem Unternehmen auch bereits die Überlegung ausgelöst, irgendwo - entweder in Steyr, in Ampfelwang oder in den Vereinigten Staaten - eine Betriebsvergrößerung anzustreben. Ich glaube, es ist im Interesse aller Gemeinderäte unserer Stadt, daß dann, wenn die Entscheidung für Steyr fallen sollte, wir diesen Erweiterungsbestrebungen jede Unterstützung angedeihen lassen.

Die Firma Sommerhuber hat ja bereits ihren zweiten Betrieb errichtet an der Ennser Straße, sie hat die Firma Keramos aus Wien aufgekauft und beabsichtigt nunmehr, weitere 13.000 m² von der GWG zu erwerben, um dort abermals eine Betriebserweiterung durchzuführen. Es ist daran gedacht, mit weiteren Produkten, die noch nicht in der Palette der Firma vorhanden sind, zu operieren, z. B. Steingutgeschirr, Vasen und sonstige Keramikartikel. Das war diese Information an Sie. Wenn wir den Angaben des Firmeninhabers hier voll nachgehen, können wir damit rechnen, daß der neue Betrieb in etwa zwei bis drei Jahren um etwa 100 Arbeitsplätze mehr haben wird. Das ist eine Mitteilung, die ich hier nur wiedergeben, sie aber nicht konkret untermauern kann. Jedenfalls sollte auch hier der Grundsatz gelten, alles was in Steyr einer Verbesserung der Wirtschaftsstruktur dient, im Sinne einer Abweichung von der Metallbranche, so kann das nur günstig sein, weil hier die Frauenbeschäftigung nicht unerheblich betroffen ist. Alles, was einer Betriebsvergrößerung und somit einer Sicherstellung der Betriebe in der Vielfalt ihrer Produkte dient, sollte vom Gemeinderat, so weit es in seinen Grenzen liegt, gefördert werden.

Ich habe schließlich noch eine Mitteilung, die personeller Art ist, vorzubringen. Wir werden uns heute noch befassen mit den Anträgen über Verleihung von Auszeichnungen. Ich kann schon jetzt die erfreuliche Mitteilung machen, daß es ein Zufall war, also nicht beabsichtigt war, die Gemeinderatsitzung für den 14. April festzulegen. Genau am heutigen Tag vollendet Magistratsdirektor Dr. Eder sein 60. Lebensjahr. Ich habe mir erlaubt, ihm heute mittag zu gratulieren, es sind, soviel ich weiß, vom Amt Gratulationsschreiben ergangen. Das ist zugleich der Anlaß, meinerseits als Bürgermeister für die entsprechende Nachfolge und für einen reibungslosen Übergang zu sorgen. Ich teile Ihnen daher mit, daß ich beabsichtige, im nächsten Stadtsenat die Anträge vorzulegen, daß in Nachfolge von Dr. Eder mit Wirkung vom 1. Mai der bisherige Magistratsdirektor-Stellvertreter Senatsrat Dr. Knapp, der jetzt schon die Geschäfte führt während der Zeit der Urlaubs- und Kurabwesenheit von Dr. Eder, mit gleichzeitiger Beförderung in die Dienstklasse IX, zum Magistratsdirektor bestellt wird.

Applaus

In der logischen Folgerung daraus wird ein Magistratsdirektor-Stellvertreter zu bestellen sein und hier wird der Wohlfahrtsdirektor Magister OSR Rabl zum Vorschlag kommen. Ich habe mit ihm gesprochen, er ist gerne bereit, diese Funktion übertragen zu bekommen, sie anzunehmen und auszuüben.

In der weiteren Entwicklung ist auch eine Konzentration, personelle Konzentration und Funktionskonzentration, die nicht wünschenswert ist. Der Magistratsdirektor-Stellvertreter Dr. Knapp führt die Magistratsdirektorengeschäfte gegenwärtig, ist Magistratsdirektor-Stellvertreter und Präsidialdirektor seit dem Abgang von OAR Postler. Es wird daher aus dieser Entwicklung heraus ein neuer Präsidialdirektor zu bestellen sein. Nach Rücksprache mit der Direktion wird hier in Vorschlag kommen Herr Dr. Alphasamer, der schon jetzt als Jurist in der Magistratsdirektion arbeitet. Die entsprechende Antragstellung wird im Zuge der übrigen Anträge ergehen. Ich möchte das deswegen heute in dieser Sitzung sagen, weil ich es bisher vermieden habe, personelle Entscheidungen zu treffen, solange die Personen, deren Nachfolge es angeht, noch in Amt und Funktion sind. Für mich steht fest, daß Dr. Eder, auch wenn er auf Urlaub ist oder auf Kur, bis 30. April Magistratsdirektor ist. Es ist aber heute die letzte Gelegenheit, diese Mitteilungen dem Gemeinderat vorweg zur Kenntnis zu bringen. Der Stadtsenat wird sich nächste Woche mit den nötigen Anträgen in dieser Richtung zu befassen haben. Ich überlasse es dann der Direktion, die nötigen Gremien, die dazu informiert werden müssen, zu beschäftigen. Soweit zur personellen Veränderung.

Ich möchte noch etwas vorbringen. Das Bemühen, die Waffenproduktionsstätten der Steyr-Daimler-Puch AG durch Werkstätten für zivilen Bedarf zu ersetzen, hat bei der Steyr-Daimler-Puch AG im Bereich der Werke Wien dazu geführt, sich wieder stärker dem Omnibusbau zu widmen. Am Freitag, 22. April, das ist morgen in einer Woche, wird um 11 Uhr von der Steyr-Daimler-Puch AG dieser erste Omnibus, dieses Produkt aus der Palette der Steyr-Daimler-Puch AG, vorgestellt und der Gemeinde zum Kauf angeboten. Die Vorprüfungen durch die Stadtwerke, wie das üblich ist, sind bereits so weit gediehen, daß von der Qualität und Nutzungsfähigkeit her ein gutes Urteil vorliegt, so daß dann im üblichen Wege die nötigen Entscheidungen mit der Antragstellung bzw. Beschlußfassung begangen werden können. Ich lade also alle Gemeinderäte jetzt schon ein, an der Rundfahrt mit diesem Omnibus teilzunehmen. Wenn es gewünscht wird, lassen wir noch eine diesbezügliche Mitteilung hinausgehen. Es handelt sich also um Freitag, 22. April, 11 Uhr, auf dem Stadtplatz vor dem Rathaus, dort wird diese Rundreise beginnen. Wir haben so etwas schon einmal gemacht, nur glaube ich, war es damals der Stadtsenat, der diese Rundfahrt gemacht hat mit der Presse. Das wollte ich als Abschluß meiner Mitteilungen vorbringen. Damit danke ich Ihnen für das Zuhören. Wir kommen nun zum nächsten Punkt,

er betrifft die Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates, die gemäß § 51, Abs. 3 unserer Statutes dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen sind. Sie haben die Liste der Anträge mit den Unterlagen bekommen und ich glaube, daß dem damit Genüge getan wurde.

Zum nächsten Punkt, Verhandlungsgegenstände, bitte ich nunmehr Kollegen Schwarz, den Vorsitz zu übernehmen, damit ich meine beiden Berichtspunkte vortragen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, ich habe es schon erwähnt, das Geburtstagskind Eder steht im Mittelpunkt meines ersten Antrages. Ich hoffe, daß Sie mit mir übereinstimmen und mir das gestatten, daß ich stellvertretend für den Gemeinderat die Glückwünsche unserem Dr. Eder übermittle. Nichts Schöneres wäre es und ich nehme an, daß das auch so sein wird, Herrn Dr. Eder mitteilen zu können, daß hier ein einstimmiger Beschluß gefaßt wurde über den Antrag, daß ihm der Ehrenring der Stadt Steyr verliehen werden soll. Sie haben den Amtsbericht über die Person Eder erhalten. Vielleicht gestatten Sie mir, nachdem wir ihn so lange kennen, er in unserer Mitte ständig mitgewirkt hat und er oftmals federführend beteiligt war gerade auch an der Zusammenführung der Interessen aller Fraktionen, daß ich auf einige Daten in seinem Leben näher eingehe.

Am 14. 4. – heute ist dieser Tag, allerdings nicht mehr 1923 – wurde er geboren, und zwar in Gmunden. Er besuchte dort das Gymnasium, legte die Reifeprüfung ab, wurde zum Kriegsdienst der Deutschen Wehrmacht eingezogen und ist dort bis 1945 verblieben. Zu Ende des Krieges geriet er in englische Gefangenschaft, kehrte zurück und hat im Jahre 1946 bis 1948 das Jusstudium an der juristischen Fakultät der Hochschule Innsbruck ergriffen und dort am 23. Oktober 1948 zum Doktor der Rechte promoviert. Die Gerichtspraxis hat er in seinem Heimatbezirksgericht Gmunden absolviert und ist damals schon mit dem öffentlichen Dienst sehr eng in Kontakt gekommen. Am 1. Dezember 1948 trat er seinen Dienst beim Bundespolizeikommissariat Steyr an und hat damals als Verwaltungsjurist die Gelegenheit bekommen, gerade in die Rechtspraxis der Polizeiverwaltung sich einzuarbeiten. Damals waren ja die Verhältnisse noch anders gelagert und er hat damals schon als Polizist sein Gefühl in der Verwaltung und der juristischen Beurteilung von Vergehen usw. bewiesen. Sein Interesse, zum Magistrat zu kommen, wurde am 11. Juni 1955 bestätigt, zu diesem Zeitpunkt trat er bei uns ein. Er war zunächst als zugeteilter Beamter bei der Magistratsdirektion und erhielt am 1. Oktober 1959 die Stelle als Leiter der Abteilung IX, des Kulturamtes. Er hatte dort die Aufgabe übernommen, eine Neuorganisation anzustreben. Dieses Gebiet ist ihm deswegen so besonders gelegen, weil er kulturell sehr ambitioniert ist, weil er sehr kontaktfreudig zur Umwelt ist und das kam ihm sicherlich zugute bei der Erledigung der übernommenen Aufgaben. Er hat sich auch sehr bemüht um die Modernisierung der Volkshochschule, der Ausbau des Theater- und Gastspielbetriebes wurde unter seiner Zeit besonders gefördert und die städtische Zentralbücherei in der Bahnhofstraße ist ebenfalls unter seiner Zeit errichtet worden und sie ist heute nicht mehr wegzudenken.

1966 kehrte Dr. Eder in der Funktion als Magistratsdirektor-Stellvertreter in die Direktion zurück und hat bis zum Übertritt in den Ruhestand seines Vorgängers Dr. Enzelmüller sich sehr um die Verwaltungsabläufe im Hause bemüht. Am 15. Juli 1973 wurde er definitiv zum Magistratsdirektor bestellt und seit dieser Zeit – es sind nahezu 10 Jahre hat er sich in seiner besonderen Art der Kontaktfähigkeit, der Kontaktnahme, in seiner besonderen Art sich für Dinge zu engagieren, die andere kalt lassen, oder sich um Liniengebungen zu bemühen, besonders hervorgetan. Daß er daneben noch als Geschäftsführer der GWG eine Aufgabe hatte, die allein schon eine Person im vollen Ausmaß ausfüllen würde, er aber das neben seiner

Funktion als Magistratsdirektor noch mitgemacht hat, muß besonders anerkennend hervorgehoben werden. Letztlich gestehe ich ohne weiteres ein, offenen Herzens, daß die Ideen und Gedanken zum Entwicklungskonzept für Steyr und die Um-landregion dem Gedankengut des Dr. Eder weitestgehend entstammen und er auch für die Abfassung dieses Elaborates weitestgehend zuständig gewesen ist. Somit hat er damals schon bewiesen, daß ihm nicht nur Kultur oder soziale Bedürfnisse am Herzen liegen, oder Geselligkeit, sondern daß ihm besonders auch am Herzen liegt das Aufstreben dieser Stadt. Und das Aufstreben dieser Stadt hängt weitgehend damit zusammen, daß der Gemeinderat immer wieder mit Ideen befaßt wurde, die einer wirtschaftlichen Verbesserung der Struktur, einer verkehrspolitischen Veränderung und ähnlicher Dinge auch zugrunde lagen. In diese Richtung wurde von ihm besonderes Augenmerk gerichtet.

Ich kann also hier mit gutem Gewissen den Antrag stellen:

1) Präs-143/83

Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr
an Magistratsdirektor OSR. Dr. Johann Eder.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Steyr als Magistratsdirektor, im besonderen um seine langjährige aktive Mitgestaltung der Stadtentwicklung und die stets vorbildliche Leitung der Verwaltung wird Herrn Magistratsdirektor Oberse-natsrat Dr. Eder Johann der Ehrenring der Stadt Steyr verliehen.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger hat zu lauten:

"Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen um seine langjährige aktive Mitge-staltung der Stadtentwicklung und die stets vorbildliche Leitung der Verwaltung."

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Ich stelle einstimmige Annahme fest.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke.

Darf ich zum zweiten Antrag, den ich Ihnen vorzulegen habe, kommen. Hier geht es um die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Rechnungsdirektor Oberamtsrat Ludwig Stary.

Dem Amtsbericht ist zu entnehmen, daß sein Leben sehr bewegt war und daß er in ei-ner sehr langen Dienstzeit – es sind nahezu 37 Jahre – dem Magistrat zur Verfü-gung steht, – ich muß in diesem Fall noch von der Gegenwart sprechen. Die Tätig-keit von Rechnungsdirektor Stary kann man vielleicht so umreißen, etwa unter dem Titel "ein treuer Diener seines Herrn", wobei der Herr der Magistrat bzw. die Stadt Steyr ist. Bei allen Finanztransaktionen, die wir in den letzten Jahren durchführen mußten, war es immer das Bestreben von Rechnungsdirektor Stary, hier den Nutzen der Stadt in höchstmöglicher und optimalster Weise einzusetzen, und wer mit ihm bei Verhandlungen dieser Art zusammen war, der weiß, daß es ihm immer ein Herzensbedürfnis war, die Prozentverhandlungen immer so lange fortzusetzen, bis es manchmal schon peinlich wurde für die Beteiligten. Er han-delte aber immer im Interesse des Magistrates oder im erweiterten Sinn der Stadt Steyr. Ich kann ihm persönlich aus meiner Funktion als Bürgermeister aufgrund seiner Beratungen, aufgrund seiner Arbeitsleistung, seiner Bemühun-gen, nur das beste Zeugnis ausstellen.

Er ist im Jahre 1922 in Steyr geboren und hat die Handelsakademie Linz besucht und im Jahre 1941 dort die Matura abgelegt. Er hatte, so wie alle Jahrgänge da-

mals, die Last auf sich zu nehmen, Kriegsdienst zu leisten. Er rückte ein und wurde im auch heute noch im Geschichtsbewußtsein der deutschsprachigen Welt bekannten Stalingrad schwerstens verwundet. Alle, die ihn kennen wissen, daß seine Gehbehinderung von dieser Verwundung her stammt. Durch die Frontuntauglichkeit zum Zuhausebleiben verurteilt, nützte er die Rekonvaleszenz und versuchte sich noch im Studium für Welthandel in Wien – es wurden zwei Semester – seine Fähigkeiten auszuweiten und sein Wissen zu vergrößern. Jeder, der den Krieg selbst mitgemacht hat weiß, wie schwierig es damals war, etwas zu unternehmen, was zukunftsweisend war und so konnte auch OAR Stary sein Studium nicht fortsetzen bzw. abschließen. Stary kam am 1. Jänner 1946 zum Magistrat Steyr, und zwar ins Fürsorgeamt, wo er provisorisch in Verwendung genommen wurde. Im gleichen Jahr kam er zur Mag. Abt. I, das ist die Bezirksverwaltung, wurde dort provisorisch pragmatisiert, hat die Standesbeamtenprüfung abgelegt – das ist wieder ein anderer Zweig der Verwaltungstätigkeit – und wurde noch im gleichen Jahr in das Kontrollamt versetzt, dem er bis zum Mai 1959 angehörte. In diesem Bereich verschaffte sich Stary ganz besonderseinen Einblick in die Verwaltungstätigkeit der verschiedensten Bereiche und das vermittelte ihm die Erfahrung und das Wissen, im Rechnungsamt die Leiterstelle zu führen, so daß er heute auf eine Arbeit in diesem Zweig unserer Verwaltung – er ist einer der wichtigsten – mit 24jähriger Tätigkeit zurückblicken kann. Er wurde 1963 zum Abteilungsvorstand bestellt und aufgrund der Bestimmungen, die der Gemeinderat erlassen hat, wurde ihm am 1. Jänner 1974 der Titel Rechnungsdirektor verliehen. Neben dieser Tätigkeit hat sich Stary besonders hervorgetan als Kassier und Finanzreferent des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung und im Kontakt mit den anderen Gemeinden oft sehr diffizile und heikle Geschäfte, was die Finanzen betrifft, abgewickelt, mit dem Wasserwirtschaftsfonds verhandelt und hier die nötigen Aufklärungen mit dem Land Oberösterreich getroffen. Es gibt noch verschiedenes zu erwähnen, z. B. als Kassier des Vereines "Tausend Jahre Steyr" war er damals bemüht, Geld hereinzubringen, damit die Gemeindebelastung möglichst gering gehalten wird. Wir alle wissen noch, über 40 Mill. Schilling wären von der Gemeinde gefordert worden durch alle Wünsche, die angeregt wurden, gekostet hat es uns ungefähr 5–6 Millionen Schilling. Auch das war mit ein Verdienst von Stary. Die Neuordnung des Voranschlagswesens, die Frage des Nachtragsvoranschlages, damals vielfach umstritten, heute von allen, die etwas davon verstehen, bestätigt, ist mit ein Werk von ihm. Die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung im Rechnungswesen der Buchhaltung, der GWG, etc., auch als Prokurist der GWG, hat er seine Verdienste zweifelsohne erworben, die auch dazu berechtigen, nun den diesbezüglichen Antrag zum Vortrag zu bringen:

2) Präs-149/83

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr
an Rechnungsdirektor OAR Ludwig Stary.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen um die finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung und die langjährige vorbildliche Führung der Finanzverwaltung der Stadt wird Herrn Rechnungsdirektor Oberamtsrat Ludwig Stary die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

"Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen um die finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung und die langjährige und vorbildliche Führung der Finanzverwaltung der Stadt.

Ich bitte Sie, dem Antrag in dieser Form die Zustimmung zu geben. Ich bitte die Verfasser der Texte, künftig etwas sparsamer mit dem Ausdruck Stadt Steyr umzugehen, man bricht sich fast die Zunge, wenn dieser Ausdruck so oft vorhanden ist.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Auch das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Auch hier liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

Ich danke Herrn Bürgermeister für die Berichterstattung und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Berichterstatter ist Kollege Schwarz.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Im ersten Antrag geht es um die Mittelfreigabe für den Wettbewerb Wehrgraben. Gestatten Sie mir, daß ich, bevor ich den Antrag verlese, eine kurze Darstellung über den bisherigen Wettbewerbsverlauf bringe. Sie kennen alle die Vorgeschichte des Wehrgrabens, wir haben uns ja hier in zum Teil sehr hitzigen Wortgefechten mit diesem Problem auseinandersetzen müssen, und ich glaube, daß es durch bestimmte Aktivitäten bestimmter Gruppierungen gelungen ist, den Wehrgraben weit über unsere Stadt hinaus bekannt zu machen. Aufgrund dieses großen Aufsehens in der Öffentlichkeit war anzunehmen, daß auch im Kreise der Architekten für die Neugestaltung dieses Stadtteiles großes Interesse herrscht. Im Einvernehmen mit der Architektenkammer wurde deshalb der Wettbewerb auf die Bereiche Oberösterreich und Salzburg beschränkt und in dieser Form einvernehmlich, aufgrund unseres Gemeinderatsbeschlusses, ausgeschrieben. Obwohl laut Mitteilung der Architektenkammer in diesen beiden Bundesländern rund 300 Architekten existieren, haben leider nur 27 die Wettbewerbsunterlagen abgeholt und bis zur Abgabefrist haben nur 6 ihre Vorschläge unterbreitet. Es liegen also 6 Vorschläge vor, die sich derzeit im Vorprüfungsstadium befinden und nach dieser Vorprüfung von der Jury entsprechend beurteilt werden. Die Jury tritt zum erstenmal im kommenden Monat zusammen. Ich hoffe nur, meine Damen und Herren, daß die nicht unerheblichen Mittel, die die Gemeinde für diesen Wettbewerb zur Verfügung stellt, doch dazu führen, daß die Ergebnisse brauchbar sind, vor allem aber verwertbar und realisierbar. Wir bekennen uns ja dazu, daß die Vorschläge, die hier unterbreitet werden, wenn die Realisierbarkeit besteht, auch in die Tat umgesetzt werden. Es sollen sich wirkliche Lösungen für den Wehrgraben daraus ergeben. Ich hoffe sehr, daß dies zutrifft, obwohl die Beteiligung unter unseren Erwartungen geblieben ist.

Ich darf nunmehr den Antrag zur Verlesung bringen, es ist ein Antrag des Stadtsekretars und lautet:

3) Bau2-4520/81

Wettbewerb Wehrgraben; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 8. 2. 1983 wird für die Wettbewerbsabwicklung Wehrgraben die im Haushaltsplan 1983 vorgesehene Summe von

S 1,500.000,-- (Schilling eine Million fünfhunderttausend)

bei VSt 5/363000/002010 freigegeben.

Der Auftrag zur Vorprüfung der Wettbewerbsprojekte wird an Arch. Dipl. Ing. Schedlmayr zum Preis von S 104.430,- übertragen. Weiters wird ein Teil der Fragenbeantwortung neuerlich an Arch. Dipl. Ing. Kunze zum Preis von S 10.000,- übertragen. Die hierfür erforderlichen Mittel sind in der oben freigegebenen Summe bereits enthalten.

Ich bitte Sie um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Wer wünscht dazu zu sprechen? Kollege Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Es kommt jetzt nicht eine Erneuerung der alten Wehrgrabendebatte. Als die Anzahl der eingereichten Arbeiten der Architekten bekannt wurde, so hat man doch ein klein wenig die Gänsehaut am Rücken gehabt. Vielleicht – das möchte ich hier nur anbringen – war es halt doch ein Fehler, den Wettbewerb nicht auszudehnen auf ganz Österreich, weil man sich durch die Beschränkung auf Oberösterreich und Salzburg die Möglichkeit der Beteiligung der Hochschulen genommen hat. Ich glaube, da wäre schon noch ein Potential vorhanden gewesen für dieses doch so wichtige Projekt. Es liegt uns ja allen am Herzen, daß dieser Teil unserer schönen Heimatstadt wieder zurückkommen kann in einen akzeptablen Zustand, der dann auch dazu führen kann, daß die Bewohner unserer Stadt wieder bereit sind, sich dort anzusiedeln. Die Leute, die jetzt dort wohnen, sind zum Großteil ja ohnehin "g'standne Eysnfelder" und "Wehrgrabler", die das gar nicht so gerne hören, wenn man sagt, daß das alles so schlecht ist. Aber es könnte halt – das wissen wir ja – ein sehr großes Schmuckstück unserer Stadt werden. Ich bedaure tief, daß diese Ausweitung auf das ganze Bundesgebiet Österreichs nicht möglich gewesen ist. Ich weiß nicht, ob noch die Möglichkeit besteht, aber wahrscheinlich geht das nicht mehr, weil es in den ursprünglichen Ausschreibungsbedingungen so drinnen war, das nachträglich noch auf ganz Österreich auszudehnen. Ich fürchte, das wird nicht mehr der Fall sein. Es ist bedauerlich, man muß es aber zur Kenntnis nehmen. Selbstverständlich wird meine Fraktion diesem Antrag zustimmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine.

Ich darf mir vielleicht nur einen Hinweis erlauben dazu. Nach einer Auskunft, die mir zugegangen ist, wenn in dem Ausschreibungsgebiet rund 300 Architekten wohnen, bzw. ihren Dienstsitz haben, dann erwarte ich mir von ganz Österreich auch nicht mehr, denn das Entscheidende, warum die Architekten hier versagen als Berufsgruppe, das sage ich deutlich, das kann sogar in der Presse stehen: Die Berufsgruppe Architekten ist an mich herangetreten um Aufträge, das war auch damals der Ausgangspunkt, eine neutrale Stelle mit Ideen zu befassen, damit niemand in Verdacht kommt, er steht unter Druck der Gemeinde oder des Bürgermeisters. Es war der Wunsch der Architekten, daß die Ausschreibung noch abgeändert wird, denn vorgehabt haben wir ja einen Alternativvorschlag, sowohl offen als auch zu, damit man dann sagen kann, was besser ist. Unter dem Druck einer bestimmten Gruppe hat sich die Ingenieur-Kammer der Architektensektion zu dieser Erklärung hinreißen lassen, sie beteiligen sich nur, wenn bei offenem Gerinne geschrieben wird. Das ist geschehen und das ist jetzt in meinen Augen so, daß eine Berufsgruppe versagt hat, entweder in technischer Hinsicht Vorschläge machen zu können, oder in der Richtung, daß sie sich manipulieren hat lassen, was für einen Berufsstand genau so blamabel ist. Das sage ich jetzt auch für das Protokoll, weil ich wert darauf lege, daß man auch in späteren Jahren noch solche Bemerkungen unter Umständen nachlesen kann. Ich darf noch hinzufügen, es häufen sich die Fälle bei mir, wo junge Familien mit Kleinkindern von 1 – 2 Jahren kommen, im Sprechtag mir die Kinder auf den Schreibtisch setzen und sagen, ich habe hier ein Attest eines Arztes, der mir bestätigt, ich muß eine andere Wohnung bekommen, die Kinder gehen in der jetzigen Wohngegend im Wehrgraben zugrunde. Das ist nicht meine Beurteilung, das sagen mir die Leute und zeigen mir die Bestätigungen. Und wenn ich dann hinschaue, welcher Arzt das Attest ausgestellt hat, so sind auch Namen darunter, die auf Protestaktionen gegen die Zuschüttung enthalten waren. Ich überlasse Ihnen die Beurteilung, wie ernst man diese Dinge nehmen kann. Für mich gilt eines, die Menschen, die zu mir kommen, kommen in ihrer Not und diese Not kann man nicht mit Phantastereien bereinigen.

Das, was Herr Gemeinderat Holub meint, geht jetzt sicher nicht mehr, daß man den Architektenwettbewerb noch ausweitet. Wir haben ja schon einmal einen Storno dieser Ausschreibung durchgeführt, um die Modalitäten zu ändern. Es ist ganz logisch, daß sich bei einer Verkleinerung der angebotenen Fläche, die zur Verfügung steht, – einerseits muß das Wasser bleiben, andererseits hat das Denkmalamt alle jene Häuser schon bezeichnet, wo das Denkmalamt die Hand darauf legt und dann bleibt nicht mehr viel übrig. Hier haben vermutlich die Architekten resigniert und haben gesagt, da können wir nichts machen.

Schließlich darf ich Ihnen noch mitteilen, wir haben uns wirklich ehrlich bemüht, im Sinne einer Stadterneuerung in diesem Gebiet Maßnahmen zu setzen, es ist aber hier schon beim Ansatz verblieben, weil auch eine Mehrheit des Gemeinderates scheinbar die Tragweite dieser Entwicklungen nicht eingeschätzt hat – ich habe darauf hingewiesen am 25. Juni 1982. Das Bundesdenkmalamt hat trotz Aufforderung der Wasserrechtsbehörde, die lange gezögert hat und nicht bereit war, ihren Bescheid auch nur im geringsten zurückzuziehen oder zu ändern, nun aber doch an das Bundesdenkmalamt geschrieben hat und das Bundesdenkmalamt hat der Gemeinde und der Wasserrechtsbehörde gegenüber eine schriftliche Erklärung abgegeben, daß das Wasser und der Kanal als Denkmal zu werten sind. Bis heute, meine Damen und Herren, ist nach österreichischer Gesetzgebung und österreichischem Recht die Zuschüttung des Wehrgrabens immer noch gültig, weil kein Bescheid des Bundesdenkmalamtes vorliegt und keine Änderung des Bescheides der Wasserrechtsbehörde vorliegt. Wir als Gemeinde sind nur Vollzugsorgan derartiger Bescheide, und nachdem nur einer existiert, könnten wir immer nur einen machen. Der Wettbewerb, der unter dem Druck mancher entstanden ist, die heute vielleicht langsam begreifen, worauf sie sich eingelassen haben, dieser basiert auf einer heute nicht legalisierten Ausschreibung und nicht legalisierten Rechtslage. So sind die Dinge in Wirklichkeit. Ich will das nicht dramatisieren, habe mich aber veranlaßt gesehen, das zu sagen. Es soll keine Diskussion im üblichen Sinne sein, ich habe auch nicht vor, eine Wehrgrabendiskussion zu entfachen, aber ich bin verpflichtet, die Fakten, die mir bekannt sind, Ihnen zu diesem Thema weiterzugeben. Das habe ich damit gemacht.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Herrn Bürgermeister.

Kollege Holub, ich darf sagen, der Herr Bürgermeister hat Deine Frage ja bereits beantwortet. Die Ausschreibung ist auch in dieser Richtung im Einvernehmen mit der Architektenkammer aufgrund der Erfahrungen, die die Architektenkammer bei ähnlichen Vorhaben hat, durchgeführt worden und ich glaube, daß auch die Diskussion in der Öffentlichkeit zu dieser Auffassung in diesem Kreis geführt hat, daß aufgrund des breiten Interesses für diesen Stadtteil in der Öffentlichkeit auch das Interesse der tatsächlichen Mitwirkenden ebenso groß ist. Es hat sich aber herausgestellt, daß Theorie und Praxis sicher nicht übereinstimmen. Ergänzend zum Bürgermeister möchte ich noch sagen, selbst dann, wenn der Bescheid des Bundesdenkmalamtes vorliegt, – wir hoffen, daß das in Kürze sein wird, denn wir warten schon sehr lange darauf – wird die Rechtsfrage von einem Gericht zu klären sein, ob der Bescheid des Denkmalamtes den anderen Bescheid, aufgrund der jetzigen Situation, aufhebt. Das ist eine zweite Geschichte, die ebenfalls rechtlich noch zu klären sein wird. Es wird also neben allen anderen Dingen auch noch ein Rechtsproblem sein.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag. Ich darf nochmals wiederholen, daß wir interessiert sind, daß dieses Ergebnis, aufgrund der Ausgaben, die damit verbunden sind, ein brauchbares sein wird.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke dem Berichterstatter für das Schlußwort und komme zur Abstimmung. Wer dem gestellten Antrag seine Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen

mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Stimmenenthaltung? Ich stelle fest, daß der Antrag einstimmig angenommen ist. Ich darf um den nächsten bitten.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um eine Änderung im Zusammenhang mit einer bundesgesetzlichen Veränderung für den Arbeitslosenversicherungsbeitrag. Mit Wirkung vom 1. 3. 1983 wurde der vom Dienstnehmer als auch vom Dienstgeber zu leistende Arbeitslosenversicherungsbeitrag von insgesamt 3 auf 4 % erhöht. Die Bezugsansätze der Schemata III und IV werden unter Berücksichtigung des Sozialversicherungsausgleiches von den Beamtengehältern abgeleitet. In diesem Zusammenhang ist der vorstehende Antrag zu verstehen, es ist eine Angleichung. Der Antrag lautet:

4) Präs-1218/82

Städtebund

Bedienstete des Schemas III; Korrektur der Gehaltsansätze.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund beiliegenden Amtsberichtes des Personalreferates vom 2. 3. 1983 gelangen ab 1. 3. 1983 für Bedienstete des Schemas III die aus der Beilage ersichtlichen geänderten Gehaltsansätze zur Auszahlung.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 (5) StS 1980 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

(BEILAGE A)

Ich darf um Zustimmung ersuchen. Ich wäre aber auch gerne bereit, die entsprechenden Entlohnungsansätze zur Gänze zu verlesen, wenn das gewünscht wird. Es handelt sich um das Schema III der Vertragsarbeiter.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Wird zum Antrag eine Wortmeldung gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall, ich darf darüber abstimmen lassen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Stimmenenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen und ich bitte um den nächsten, der ebenfalls ein Personalproblem betrifft.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der Vorsitzende hat schon angeführt, es handelt sich hier um eine Sonderregelung für eine sehr verdiente Bedienstete. Ich möchte darauf hinweisen, es handelt sich um Frau Regierungsrat Anneliese Clar. Frau Clar ist bei uns seit 16. 9. 1955 beschäftigt und ist bis heute stets auf qualifizierten Dienstposten verwendet worden. Seit 1957 hat sie die amtsvormundschaftlichen Agenden zu bearbeiten gehabt, und seit 1961 ist sie Leiterin des Stadtjugendamtes. Es ist dies ein Dienstposten, ein systemisierter Dienstposten des Beamtenschemas B VII. Ich darf darauf hinweisen, daß Frau Clar die B-Matura absolviert hat ..

MAGISTRATSDIREKTOR-STELLVERTRETER SR. DR. KNAPP:

Sie ist Maturantin.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Entschuldigung, das war ein Irrtum von mir. Sie hat also die entsprechenden Voraussetzungen und sie hat die Dienstprüfung B auch abgelegt, und zwar mit Erfolg. Ihre Dienstleistungen waren jederzeit von bestem Erfolg und wurden immer mit ausgezeichnet bzw. sehr gut beurteilt. Sie hat bereits eine sichtbare Auszeichnung erhalten, es wurde ihr für ihre Leistung der Berufstitel Regierungsrat im Jahre 1980 vom Bundespräsidenten verliehen. Meine Damen und Herren, ich glauben nicht,

daß es notwendig ist, in diesem Kreis weitere Verdienste der Frau Clar anzuführen. Warum es nicht zur Pragmatisierung gekommen ist, obwohl sie seit längerer Zeit einen entsprechenden Dienstposten hat, liegt daran, daß aus grundsätzlichen Erwägungen – darauf möchte ich nicht näher eingehen – seit vielen Jahren es nicht üblich ist, daß weibliche Bedienstete pragmatisiert werden. Daher ist auch in diesem Fall eine Pragmatisierung nicht erfolgt. Der entsprechende Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

5) Pers-127/83

Reg. Rat VB Anneliese Clar; Pensionszuschuß.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 33 der VBO wird hiemit folgende Sonderregelung, betreffend das Dienstverhältnis der Reg. Rat VB Anneliese Clar, getroffen:

Regierungsrat Anneliese Clar wird nach ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienstverhältnis über schriftlichen Antrag anstelle der nach den Bestimmungen der VBO gebührenden Abfertigung und der nach dem Gemeinderatsbeschuß vom 17. 9. 1979, Präs-1085/79, gebührenden Treueentschädigung ein Zuschuß zur Alterspension oder zur Invaliditätspension gewährt.

Die Höhe des Zuschusses wird nach dem jeweiligen Unterschiedsbetrag zwischen der ASVG-Pension ohne Berücksichtigung eines allfälligen Ruhensbetrages und dem fiktiven Ruhegehalt (Gehalt, Leistungszulage und Verwaltungsdienstzulage) ohne eventuelle ruhegehaltfähige Nebengebühren, den Regierungsrat Clar erhalten würde, wäre sie Beamtin gewesen, festgesetzt. Der Zuschuß gelangt in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des Pensionsgesetzes 1965 14mal jährlich (12 volle Bezüge und 4 Sonderzahlungen), zahlbar bis zum 15. eines jeden Monats, die Sonderzahlungen fällig im März, Juni, September und Dezember, zur Anweisung. Er wird erstmalig für den Monat bezahlt, für den die erste ASVG-Pensionsleistung gebührt. Solange durch die Zuschußzahlungen nicht der gesamte Abfertigungsbetrag und der Betrag der Treueentschädigung aufgezehrt sind, kann die Auszahlung der Restabfertigung bzw. der verbleibenden Treueentschädigung von Regierungsrat Clar jederzeit schriftlich begehrt werden. Durch die Auszahlung der Restabfertigung bzw. der verbleibenden Treueentschädigung entfällt jede weitere Zahlung eines Zuschusses. Wird ein solcher Antrag bis zur Aufzehrung der vorgenannten Beträge nicht gestellt, laufen die Zuschußleistungen bis zum Ableben der in Rede stehenden Bediensteten weiter.

Bei dem vorangeführten Pensionszuschuß handelt es sich um eine freiwillige Leistung der Stadt Steyr.

Dazu darf ich ergänzend sagen, daß die angeführten Beträge, wenn sie ausgeschöpft werden rund die Zusatzleistungen von 3 1/4 Jahren decken würden. Ich bitte Sie in Anbetracht der Besonderheit dieses Falles, dieser Sonderregelung die Zustimmung zu geben, die Frau Clar hat sich das sicher verdient.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Der Antrag steht zur Debatte. Ich frage, wünschen Sie dazu das Wort? Kollege Tremel bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, wert Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte eigentlich dort anknüpfen, wo Kollege Schwarz mit seiner Begründung geendet hat, nämlich beim Grund, warum dieser Antrag heute vorliegt. Es gibt grundsätzliche Erwägungen, warum offenbar die Bedienstete Clar nicht zu ihrem Recht gekommen ist aufgrund ihrer Anstellung bei der Gemeinde. Es ist Ihnen nichts Neues, wenn ich sage, daß die Kommunistische Partei gegen die Benachteiligung der Frau im öffentlichen Dienst eintritt, und die Gleichstellung der Frau im allgemeinen

in der Gesellschaft verlangt. Der vorliegende Antrag an den Gemeinderat zeigt deutlich die Benachteiligung der Frau nicht nur durch die Vertreter der SPÖ-Mehrheit hier in diesem Rathaus, sondern auch – hier kann ich auch den sogenannten Koalitionspartner nicht verschonen – durch die ÖVP-Stadtsenatsfraktion, die ebenfalls tätig ist in der Personalkommission und dort entscheidend mitzusprechen hat. Frau Anneliese Clar, die Frau Regierungsrat, ist seit 22 Jahren die Leiterin des Stadtjugendamtes der Stadt Steyr und 26 Jahre lang Vertragsbedienstete. Ich möchte nicht wiederholen die großen Verdienste und Leistungen, die schon Kollege Schwarz in seiner Begründung angeführt hat. Nun kurz vor der Pensionierung kommt man dahinter, daß sie, weil sie Frau ist, in all den Jahren nicht pragmatisiert wurde. Ich möchte vielleicht hier den Damen und Herren des Gemeinderates vor Augen führen, wir haben beim Magistrat Steyr rund 780 Bedienstete, davon sind 83 Beamte, also pragmatisiert. Es gibt aber in diesem Magistrat nur zwei Frauen, die pragmatisiert sind. Der Rest, also rund 697, sind Vertragsbedienstete und hier zeigt sich wiederum, daß auch hier im Haus der Großteil der Beschäftigten, nämlich über 430, Frauen sind. So ähnlich, wie es im allgemeinen Leben, in der Gesellschaft in Österreich ist und das drückt sich auch bei den Wählerzahlen aus, daß auch bei den Wahlen die Frauen die Mehrheit haben. Besonders jetzt in der Vorwahlzeit werden besonders die Frauen angesprochen und ich weiß nicht, wer mir diese Wahlwerbeschrift in der Sektion, in der ich wohne, hineingesteckt hat. Aber ich hoffe zumindest, daß man diesen Punkt auch beherzigt, damit man in Zukunft keine derartigen Sonderregelungen im Gemeinderat beschließen muß, damit Frauen zu ihrem Recht kommen. Ich glaube auch, daß man gerade über die Gleichberechtigung der Frau, nicht nur in Wahlzeiten, sehr viel schreibt und predigt, aber auch in unserer historischen Arbeiterstadt Steyr sich nicht nach dem eigenen Programm hält. Mir zumindest scheint es so, daß man die Zustände zementiert, die mich in meiner Einseitigkeit geradezu an feudale Zeiten erinnern und zugleich ein Hohn auf jede Gleichberechtigung der Frau sind. Es hat vor wenigen Tagen in Linz eine Podiumsdiskussion über gleiches Recht der Frau im Alltag stattgefunden und es sprach sich dort neben dem KPÖ-Sprecher, Gemeinderat Prof. Kain, auch die sozialistische ÖGB-Landesfrauenvorsitzende, Kollegin Elfriede Harrer, sehr deutlich für die Gleichberechtigung der Frauen bei der Besetzung führender Stellen aus und verlangte sogar eine Bevorzugung der Frau, solange diese Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft nicht erreicht wird.

Meine Damen und Herren, ich appelliere an Sie, zumindest die Worte, die jetzt öffentlich zum Ausdruck gebracht wurden bei diversen Diskussionsveranstaltungen, zu beherzigen und auch in unserem Magistrat die alten Grundsätze – ich gehe nicht genau ein darauf, sie werden auch begründet mit einigen Namen, die besonders vehement gegen die Benachteiligung sind – zu beseitigen. Ich glaube, das ist nicht die Frage von Personen, wie es im Amtsbericht heißt, sondern hier geht es darum, daß wir die Einstellung zur Frau ändern und auch die Gleichstellung hier im Haus in Zukunft einführen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke für den Beitrag. Ich frage, ob noch weitere Wortmeldungen erwünscht sind? Herr Bürgermeister bitte!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich habe nicht die Absicht gehabt, Kollege Tremel, zu diesem Punkt etwas zu sagen. Der Fall Clar ist für mich ein Sonderfall, denn es handelt sich um eine Frau, die kraft ihres Wissens, ihres Könnens und ihres beruflichen Vermögens in der Lage ist, eine Leitungsfunktion in vollem Maß auszuüben und auszufüllen. Das ist eben nicht alltäglich. Wie lange sie schon die Leitung der Jugendwohlfahrt inne hat, das wurde ja schon erwähnt. Ich kenne nämlich auch gegenteilige Beispiele und ich muß zurückblenden in die Zeit des vormaligen Magistratsdirektors, wo die Pragmatisierung seinerzeit, aus der Nachkriegszeit heraus, für Frauen vorgenommen wurde und es dürfte bekannt sein – auch das muß man wissen, wenn man über Pragmatikum

spricht, daß das Pragmatikum keinen Unterschied macht zwischen Frauen und Männern, nämlich beide Geschlechter haben bis 60 Jahre den Dienst auszuüben. Was ist aber wirklich eingetreten? Pragmatisierte Frauen haben mit 54 meist schon zu kränkeln begonnen und mit 55 eine Amtsarztbescheinigung vorgelegt, daß sie schwer krank sind, daß der Dienst eine ungemeine Beeinträchtigung ihres Lebens ist und daß und daher unbedingt die vorzeitige, frühzeitige Alterspension ausgesprochen werden muß, die auch beim Pragmatikum möglich ist, wenn die Gesundheitsumstände das erfordern oder dazu berechtigen. Ich habe zu meiner Freude dann später, als ich Bürgermeister wurde, festgestellt, daß die gleichen Frauen, die mit diesen Amtsarztbescheinigungen frühzeitig in Pension gegangen sind, auf den Schipisten anzutreffen waren, daß ich mir mit Interesse oft Berichte angehört habe, wie sie in Sibirien waren auf Gesellschaftsreisen, in Teheran und diese Reisen sind sogar bis Amerika gegangen. Ich kann es nicht behaupten, nehme aber an, daß sich ihre Erkrankung beträchtlich gebessert haben muß und auch haben wird, weil ich diesen Frauen heute noch in einem Gott sei Dank sehr rüstigen und guten Zustand des öfteren begegne. Vielleicht waren das auch mit Fakten und Überlegungen, die es bewirkt haben, daß nicht so viele Frauen pragmatisiert wurden.

Es ist aber noch ein ernsterer Grund dahinter, es wurde mir immer wieder vom Magistratsdirektor Dr. Eder gesagt, wenn es um die Behandlung von Ansuchen dieser Frauen ging, daß das Pragmatikum dort interessant wird, wo die Grenze zur Höchstbemessungsgrundlage des ASVG überschritten wird, denn dann überschneidet sich sehr wohl auch der Pensionsanspruch, obwohl auch beim Pragmatikum diese 80 % bei Höchstbemessung des letzten Bezuges berechnet werden und im ASVG von den letzten 5 Jahren. Da ist sicherlich ein Unterschied. Andere Bestimmungen des ASVG sind wieder günstiger im Pensionsrecht wie beim Pragmatikum. Aus diesen Überlegungen hat man auch gesagt – es ist ja erkennbar, daß beim Magistrat Steyr von rund 780 Bediensteten nur etwa 90 pragmatisiert sind, es sind jedenfalls keine 100, also genau 83. Das zeugt davon, daß man hier überlegt vorgeht, nämlich dort auch zu pragmatisieren, wo es sich um wichtige Dienstfunktionen handelt, wo man interessiert ist, den Betreffenden durch dieses Pragmatikum an seinen Dienstgeber Magistrat zu verpflichten und zu binden, nicht so wie in der freien Wirtschaft, wo ich den Dienstplatz wechsle, wenn ich irgendwo eine bessere Bezahlung bekomme. Das ist zwar heute nicht mehr ganz so, aber so war es zumindest in den vergangenen Jahren. Mit diesem Pragmatikum soll die Kontinuität der Beschäftigung in bestimmten Funktionen gesichert werden. Da ist die Bindung an eine gewisse Position eben eine andere, als wenn ich hier nicht mit einem Pensionsrecht, das in diesen Fällen günstiger ist, wenn ich aussteige, rechnen kann. Es ist sicherlich kein politisch schlechter Wille dahinter. Im übrigen darf ich sagen, die Stadt Klagenfurt hat vor Jahren schon das Pragmatikum generell aufgehoben, allerdings im Wege einer Zusatzpension, analog in etwa so, wie hier der Fall Clar vorliegt, das geregelt. Warum wird bei uns nicht mehr pragmatisiert? Seit Jahren sind auf Bundesebene Gespräche im Gange, im personalpolitischen Bereich, ob man nicht als Ersatzleistung für das Pragmatikum etwas anderes tun kann. In dieser Ungewissheit, wie das entschieden werden wird, ob das Pragmatikum zur Gänze aufgelöst wird, zugunsten einer anderen Regelung, die natürlich nicht schlechter sein kann, das ist auch klar. Und weil man diese Ungewißheiten immer herumschleppt und herumträgt, aus diesem Grund hat man hier diese Sparsamkeit an den Tag gelegt. Aber im Fall Clar muß ich nochmals sagen, der Frau Clar hat man schon seinerzeit, mit dem Vorschlag der Gemeinde, den Einreichungen des Gemeinderates, ihr den Titel Regierungsrat zu verleihen, eine wertvolle Anerkennung zuteil werden lassen. Die Frau stammt aus einer alten Beamtenfamilie und die Beförderung in die VII. Dienstklasse ist ebenfalls eine Anerkennung gewesen. Und wenn nunmehr in der Folgeerscheinung hier der Tupfen noch daraufgesetzt wird, dann glaube ich, ist das Glück der Frau Regierungsrat vollzählig. Ich würde bitten, ihr dieses Glück zu gönnen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seinen ergänzenden Beitrag, der sicherlich dort oder da bewußt überzeichnet geworden ist. Ein Satz sei mir persönlich dazu gestattet, bevor ich das Wort weitergebe. Ich glaube, daß die Frau Regierungsrat Clar bis zum jetzigen Zeitpunkt durch ihren Dienst beim Magistrat keinerlei Nachteile zu erwarten gehabt hat und daß der Antrag – es handelt sich um eine ausdrückliche Personalentscheidung, bezogen auf eine Person – auch der Frau Clar nicht zum Nachteil gereichen wird. Ich nehme an, daß es sicher der Wille des Gemeinderates ist, Frau Clar das gewünschte glückliche Dasein weiterhin zubilligen zu wollen. Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Herr Kollege Tremml zum zweiten Mal.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich bin offenbar ein wenig mißverstanden worden, zumindestens nach den Ausführungen von Herrn Bürgermeister, so ich sicherlich nicht die Absicht gehabt habe, diese Frage besonders anzuschneiden, um die Verdienste von Frau Regierungsrat Clar zu schmälern. Ich kenne ihre Tätigkeit auch im gesellschaftlichen Leben und ich habe das nur zum Anlaß genommen, weil hier eine Sonderregelung getroffen werden muß, die ihr eigentlich von Haus aus zustehen würde, weil sie das verdient. Das ist das Wesentliche. Pensionsrecht hin oder her, die meisten Gemeinderäte wissen das aus dem Amtsbericht, sollte diese Sonderregelung nicht beschlossen werden, würde Frau Regierungsrat Clar immerhin 9.000 Schilling monatlich weniger Pension beziehen, als wenn sie pragmatisiert wäre. Das sind immerhin 35 %. Aufgrund dessen habe ich hier besonders wert gelegt darauf, daß man doch entweder zu einer allgemeinen Regelung kommt, um die Benachteiligung der Frau auch im Magistrat bzw. öffentlichen Dienst zu beseitigen. Aber wenn die Frau bestimmte Arbeiten durchführt, dann sollte sie das Recht haben, pragmatisiert zu werden. Ich bin auch schon etwas älter und kenne auch die Vorgänger des Herrn Bürgermeisters und auch die vorherigen Magistratsdirektoren und weiß, welche Frauenfeindlichkeit auch in Steyr geherrscht hat. Man hat sogar in den 50iger Jahren die verheirateten Frauen hinausgeworfen. Ich kenne sogar Fälle, wo man damit bewirkt hat, daß Scheinehescheidungen vorgenommen wurden, damit die Frau weiter beim Magistrat bleiben konnte. Das wollte ich nur nebenbei bemerkt haben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Da war der Magistrat also Scheidungsanlaß. Danke für die Wortmeldung. Ich frage, ob noch eine weitere gewünscht wird? Nicht der Fall, dann bitte ich den Berichterstatter um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte mich dagegen verwehren, daß eine Frauenfeindlichkeit vorliegt. Ein wenig Ahnung habe ich vom Personalrecht, ich war immerhin viele Jahre Personalvertreter und bin selbst im öffentlichen Dienst und ich kenne die Problematik sehr genau. Otto, ich muß Dir sagen, daß gerade im öffentlichen Dienst, ob das der Magistrat oder eine andere öffentliche Dienststelle ist, die größte Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau herrscht, die es im Arbeitsleben heute gibt. Für gleiche Dienstposten – das ist nicht überall so, also nur im öffentlichen Dienst – gibt es die gleiche Bezahlung, da gibt es grundsätzlich keinen Unterschied. Ich kenne die Bestrebungen der Frauen, die haben viele Wünsche. Diese Gleichberechtigung, auch das weiß ich, hat für die Frau einen Riesennachteil in einem Punkt. Nach dem ASVG besteht die Möglichkeit für die Frau, mit dem 55. Lebensjahr in Pension zu gehen, wenn sie die Voraussetzungen erfüllt. Aufgrund dieser Gleichberechtigung ist das beim Pragmatikum nicht möglich, sie muß in diesem Fall bis

zum 60. Lebensjahr arbeiten gehen. Ich kann mich genau erinnern, bei allen Gesprächen haben sich an diesem Punkt die Geister geschieden. Die Frauen wollten diese 55 Jahre auch im öffentlichen Dienst, das ist also der Punkt, wo sie die Gleichberechtigung nicht mehr akzeptiert haben, weil sie eben auch mit 55 in Pension gehen wollten.

Zum anderen Problem möchte ich noch sagen, die Frauen sind anders wie Männer und ich will keine Emanzipationsdiskussion führen, eine Frau ist eben eine Frau und ein Mann ist ein Mann. Im Leben einer Frau gibt es bestimmte Entwicklungen, die unter Umständen dazu führen, daß sie bestimmte Positionen nicht ausüben kann, weil sie oft eine lange Zeit, zum Beispiel der Kinder wegen usw., ihren Dienst nicht ausüben kann und erst später wieder ins Berufsleben zurückkehrt. Da fehlt ihr diese Zeit dann. Man kann auch dafür Überbrückungsmöglichkeiten finden, das weiß ich. Aber ich wehre mich dagegen, daß man das alles gleich machen will, so als wäre das alles eins. Das ist nicht richtig. Wir alle sind Menschen, und die Frauen haben bestimmte Dinge und die Männer haben bestimmte Dinge ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich habe diese Formulierung bewußt gewählt, damit sich jeder auskennt.

Meine Damen und Herren, Spaß beiseite, ich möchte sagen, daß es bei den Sonderregelungen beim Magistrat 1 : 1 steht. Es war seinerzeit beim Architekten Preyer, der aus gesundheitlichen Gründen nicht pragmatisiert werden konnte, eine ähnliche Regelung getroffen worden. Bei der Frau Clar ist es ähnlich und sie erleidet damit sicher keine Nachteile. Das spricht doch dafür, daß wirklich keine Frauenfeindlichkeit vorliegt.

Ich darf nach diesem kurzen humoristischen Ausflug um die Zustimmung bitten.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke dem Berichterstatter für das Schlußwort, insbesondere für seinen biologischen Aufklärungsunterricht, wir kennen uns jetzt aus.

Ich darf den Antrag zur Abstimmung bringen. In Anbetracht der Bedeutung, bitte ich um ein deutliches, sichtbares Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenenthaltung? Ich stelle fest, der Antrag ist einstimmig angenommen und es freut mich besonders nicht von der Person her, sondern daß hier im Gemeinderat ein Beitrag zur Erheiterung geleistet wurde.

Wir kommen nun zum nächsten Antrag aus dem Referat Feuerhuber, betreffend die Telefonanlage im Rathaus.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag bitte ich Sie im voraus um Ihre Zustimmung. Es geht um die Erweiterung für den Ausbau unserer Telefonanlage im Rathaus bzw. um die Bewilligung der erforderlichen Mittel dazu.

10) GHJ1-5046/82

Telefonanlage im Rathaus; Modernisierung und Erweiterung;

Ergänzung des GR-Beschlusses vom 16. 12. 1982.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 16. 12. 1982 wurde der Auftrag zur Modernisierung und Erweiterung der bestehenden Telefonanlage im Rathaus an die Firma Siemens zum Preis von S 1,944.907,- übertragen. Die Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von S 1,945.000,- erfolgte jedoch nicht gleichzeitig mit diesem Beschluß, sondern wurde für das Rechnungsjahr 1983 vorbehalten.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IV vom 22. 3. 1983 wird nunmehr einer Erweiterung dieses Auftrages um S 25.000,- zugestimmt, wodurch sich die Gesamtauftragssumme auf S 1,969.907,- erhöht.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1,970.000,-- (eine Million neunhundertsiebzigtausend)

bei VSt 1/012000/042000 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte Sie, diesen Antrag zu genehmigen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Der Antrag steht zur Debatte. Ist eine Wortmeldung dazu vorgesehen? Ich stelle fest, daß dies nicht der Fall ist. Erhebt sich eine Gegenstimme? Eine Stimmenthaltung? Auch nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter für seine Tätigkeit und übergebe den Vorsitz wieder dem Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Berichterstatter ist anstelle des Kollegen Feuerhuber Frau Stadtrat Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER (anstelle des abwesenden Stadtrates Karl Feuerhuber:

Geschätztes Präsidium, werte Damen und werte Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen in Vertretung von Kollegen Feuerhuber 6 Anträge zur Beschlussfassung unterbreiten.

Der erste Antrag lautet:

6) ÖAG-2323/80

Ankauf der Grundparzellen 1576/1 und 1575/3, KG Föhrenschacherl,
von Josef Krenn; neuerliche Kaufpreisfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Bezahlung des Kaufpreises aus dem Kaufvertrag mit Josef Krenn über die oben bezeichneten Grundstücke einschließlich der mit dem Grunderwerb verbundenen Steuern und Abgaben wird ein Betrag von S 2,662.200,- bei VA-St. 5/840000/001000 freigegeben und eine Kreditüberschreitung von S 5,089.200,- bei VA-St. 5/840000/001000 bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Darlehensaufnahme bzw. Rücklagenentnahme.

Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte den Herrn Bürgermeister, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wünscht jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen oder übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht, daher einstimmig beschlossen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Im gemeindeeigenen Objekt Brucknerstraße 2 sind dringende Instandsetzungsarbeiten erforderlich. Es ergeht daher der Antrag:

7) GHJ2-5810/82

Gemeindeeigenes Objekt Brucknerstraße 2;
Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Zusammenhang mit der Durchführung umfangreicher Erhaltungsarbeiten beim gemeindeeigenen Objekt Brucknerstraße 2 werden aufgrund des Amtsberichtes

der MA VI vom 14. 3. 1983 nachstehende Aufträge freigegeben:

1. Baumeisterarbeiten an die Firma Prameshuber, Steyr, zum Preise von S 303.334,-
2. Dachdeckerarbeiten an die Firma Vratny, Steyr, zum Preis von S 237.020,-
3. Malerarbeiten an die Firma Böhm, Steyr, zum Preis von S 100.190,-
4. Spenglerarbeiten an die Firma Vratny, Steyr, zum Preis von S 70.208,-
5. Elektroarbeiten an die Firma Berger, Steyr, zum Preis von S 19.843,-
6. Zimmermannsarbeiten an die Firma Hackl, Steyr, zum Preis von S 10.090,-
7. Gewichtsschlosserarbeiten an die Firma Weichselbaumer, Steyr, zum Preis von S 8.538,-

Eine Umlegung der Erhaltungskosten von S 749.223,- auf die Mieten ist nicht vorzunehmen, sondern werden diese Kosten zur Gänze durch die Stadt getragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 750.000,-- (siebenhundertfünzigtausend)

werden bei VSt 1/846000/010000 freigegeben.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Treml hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich benütze vielleicht gleich meine Wortmeldung dazu, daß ich gleich auch zum nächsten Punkt Stellung nehme, beide Anträge beziehen sich ja auf die gleichen Arbeiten und ich habe mir erlaubt, meine Stellungnahme so abzufassen, daß ich gleich über beide Häuser, sowohl über die Brucknerstraße 2 als auch über Brucknerstraße 4, rede. Es ist erfreulich, daß hier heute der Antrag kommt, daß man die Instandsetzungsarbeiten, die notwendig sind in den beiden gemeindeeigenen Wohnhäusern, durchführt. Die meisten Gemeinderäte können diese Häuser von ihren Sitzplätzen aus sehen. Wie wir gehört haben ist ein Betrag von 1,300.000 S erforderlich. Müßten nämlich diese Mieter in den beiden Häusern diese Kosten tragen, glaube ich, bekämen wir sehr große Schwierigkeiten mit der Unterbringung dieser Personen. Aufgrund der notwendigen Reparaturarbeiten würden sich in diesen Objekten neuerliche Mietenerhöhungen bis 978 Schilling für 54 m2 große Substandardwohnungen ergeben. Bereits 1981 wurden in den beiden Häusern die Mieten angehoben um 358 Schilling. Das würde bedeuten, daß innerhalb weniger Jahren eine Mietzinssteigerung pro Wohnung von 1.200 Schilling für derartige Elendswohnungen eingetreten ist. Würde man, wie schon gesagt, die Kosten auf diese 27 Mieter überwälzen, was ohne weiteres aufgrund des miesen Mietrechtsgesetzes der SPÖ möglich wäre, so müßten die dortigen Sozialhilfeempfänger und Pensionisten für eine Wohnung von ungefähr 50 m2 Wohnfläche monatlich zwischen 1.700 und ca. 1.900 Schilling entrichten. Die meisten Gemeinderäte kennen diese Häuser bzw. Wohnungen und wissen, daß WC und Wasser am Gang sind. Der Großteil der Bewohner dieser Ennsleitenhäuser haben nicht mehr an monatlichem Einkommen als ungefähr 4.173 bis 5.989 Schilling. Das sind die sogenannten Ausgleichszulagenbezieher. Meiner Meinung nach leben sie derzeit schon an der Armutsgrenze und würden sicher auch diese Erhöhung nicht verkraften können und sie würde ihre finanzielle Leistungskraft sicher übersteigen. Die Kostentragung durch die Stadtgemeinde in diesem Fall ist sicher zu begrüßen, aber dieses Beispiel zeigt wiederum die Richtigkeit und Notwendigkeit eines Reparaturausgleichsfonds, wie dies von meiner Fraktion und vom Mieterschutzverband des öfteren schon seit Jahren vorgeschlagen wird. Demnach wäre ein Fonds der Sozialversicherung für Hausreparaturen endlich zu schaffen. In diesen sollten die gesamten Mietzinseingänge eines Gemeindegebietes einfließen. Ein solcher Reparatur-Ausgleichsfonds würde die enormen Mietzinsbelastungen bei Gebäudesanierungen mildern und das wäre ein wesentlicher Schritt zur finanziellen Entlastung der Gemeinden. Gäbe es einen solchen Reparatur-Ausgleichsfonds, dann müßten wir diese 1,3 Mill. Schilling nicht beraten.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml für seinen Diskussionsbeitrag. Wünscht zu diesem Punkt noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Die Frau Stadtrat verzichtet auf ein Schlußwort und wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich darf um den nächsten Antrag ersuchen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Wie bereits erwähnt, sind auch im Objekt Brucknerstraße 4 dringend Instandsetzungsarbeiten notwendig und es ergeht daher der Antrag:

8) GHJ2-5809/82

Gemeindeeigenes Objekt Brucknerstraße 4;
Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 11. 3. 1983 werden im Zusammenhang mit der Durchführung umfangreicher Erhaltungsarbeiten beim gemeindeeigenen Objekt Brucknerstraße 4 nachstehende Aufträge vergeben:

- | | |
|---|-------------|
| 1. Baumeisterarbeiten an die Firma Prameshuber, Steyr, zum Preis von | S 294.631,- |
| 2. Malerarbeiten an die Firma Böhm, Steyr, zum Preis von | S 102.700,- |
| 3. Spenglerarbeiten an die Firma Vratny, Steyr, zum Preis von | S 43.591,- |
| 4. Dachdeckerarbeiten an die Firma Wittner, Steyr, zum Preis von | S 39.880,- |
| 5. Zimmermannsarbeiten an die Firma Bittermann, Steyr, zum Preis von | S 17.446,- |
| 6. Elektroarbeiten an die Firma Berger, Steyr, zum Preis von | S 19.262,- |
| 7. Gewichtsschlosserarbeiten an die Firma Fratu, Steyr, zum Preis von | S 14.520,- |
| 8. Leichtmetalltüren an die Firma Vösl, Steyr, zum Preis von | S 27.355,- |

Eine Umlegung der Erhaltungskosten von S 559.385 auf die Mieten ist nicht vorzunehmen, sondern werden diese Kosten zur Gänze durch die Stadt getragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 560.000,- (fünfhundertsechzigtausend)

werden bei VSt 1/846000/010000 freigegeben.

Ich darf auch hier um Zustimmung ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall und ich bitte Sie daher zum Zeichen der Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Fassadeninstandsetzung und Zaunerneuerung in der Volksschule Gleink. Der Antrag lautet:

9) GHJ2-642/83

Volksschule Gleink; Fassadeninstandsetzung
und Zaunerneuerung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 25. 2. 1983 werden für Fassadeninstandsetzung und Zaunerneuerung bei der Volksschule Gleink folgende Aufträge vergeben:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Baumeisterarbeiten: Fa. Beer u. Janischofsky, Steyr, zum Preise von | S 337.541,- |
| 2. Maler- und Anstreicherarbeiten: Fa. Seywaltner, Steyr, zum Preise von | S 67.035,- |
| 3. Dachdecker- und Spenglerarbeiten: Fa. Wittner, Steyr, zum Preise von | S 5.000,- |
| 4. Sträucherankauf: Fa. Halbartschlager, Steyr, zum Preise von | S 5.000,- |

5. Ankauf eines Streugutbehälters: Fa. Gössbauer, Salzburg, zum
Preise von

S 4.720,--

Zum genannten Zweck wird ein Betrag in Höhe von
S 420.000,- (Schilling vierhundertzwanzigtausend)

bei VA-St. 5/210000/010040 freigegeben.

Gemäß § 44 (5) StS wird infolge Dringlichkeit der Magistrat zum sofortigen Vollzug
dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört, wünscht jemand dazu zu sprechen? Ich sehe keine
Wortmeldung. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht der Fall,
auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Stromversorgung in der Zentralen Kläranlage
in Hausleiten. Der Antrag lautet:

(Der Antrag Nr. 10 wurde bereits im Referat Vizebürgermeister Heinrich Schwarz
behandelt - nach Antrag Nr. 5).

11) Bau6-1782/76

Zentrale Kläranlage in Hausleiten;

Stromversorgung-

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV Steyr und Umgebung vom 27. 1.

1983 wird für die Herstellung einer ausreichenden Stromversorgung für die

Zentrale Kläranlage der Auftrag der OKA zum Preis von S 1.599.500,- erteilt.

Zum genannten Zweck ist der Betrag in Höhe von

S 1.600.000,-- (Schilling eine Million sechshunderttausend)

bei VSt 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung frei-
zugeben.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge Dring-
lichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen? Ich sehe keine. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand,
wenn Sie dafür sind? Danke. Ist jemand dagegen oder enthält sich jemand der
Stimme? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Im nächsten Antrag geht es um

12) Ha-2388/76

ABA BA 02 und BA 03; Förderung durch das

Land Oberösterreich; Haftungsübernahme.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV Steyr und Umgebung vom 24. 1.

1983 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für nachstehend ange-
führte Landesdarlehen an den RHV Steyr und Umgebung zugestimmt:

S 450.000,- für den BA 02 und

S 210.000,- für den BA 03.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des

Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Auch hier ersuche ich um Genehmigung.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Kollegin Ehrenhuber für die Berichterstattung.

Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Kinzelhofer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren!

Ich habe Ihnen fünf Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste Antrag betrifft die Deckung des Jahresbedarfes an Sphärogußrohren für Wasser- und Gaswerk. Der Antrag lautet:

13) ÖAG-766/83

Stadtwerke

Ankauf von Sphärogußrohren für das Städt. Wasser-
werk und Gaswerk (Jahresbedarf 1983).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 1. 2. 1983 wird der Auftrag zur Lieferung von Sphärogußrohren und Formstücken an das städtische Wasserwerk und Gaswerk an die Firma VOEST-Alpine, Rohstoffhandelsgesellschaft mbH, Salzburg, zum Preis von S 1,871.818,- exkl. 18 % USt, übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Gibt es Einwände? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft die Grundleistung für den Verkehrsbetrieb und lautet:

14) ÖAG-463/83

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr, Verkehrsbetrieb; Grundleistung
gem. § 21 Abs. 1 Z. 3 FAG 1979 für das Jahr 1983 (Teilzahlung).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 18. 1. 1983 wird als Grundleistung für den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke für das laufende Rechnungsjahr ein Betrag von

S 1,000.000,-- (Schilling eine Million)

bei VSt 1/879000/759200 freigegeben, wobei die 20 %ige Kreditsperre des Gemeinderates für Ermessungsausgaben in diesem speziell gelagerten Fall nicht zur Anwendung gelangt. Die Auszahlung eines Betrages von S 95.405,- erfolgt nach Beschlußfassung, die Restsumme wird nach Vorlage der Jahresbilanz 1982 an die Stadtwerke zur Auszahlung gelangen.

Ich ersuche auch hier um Ihre Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dazu die Frage, ob jemand zu sprechen wünscht? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Nein. Enthaltungen? Auch keine, somit beschlossen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Zwei Erdgasreduzierstationen sollen beschaffen werden, und zwar eine in der Seifentruhe und eine in der Arbeiterstraße.

15) ÖAG-1776/83

Stadtwerke

Städtisches Gaswerk; Errichtung von Erdgasreduzierstationen in der Seifentruhe und Arbeiterstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 18. März 1983 werden im Zusammenhang mit der Errichtung der Erdgasreduzierstationen Seifentruhe und Arbeiterstraße nachstehende Aufträge vergeben:

1. Lieferung und Aufstellung der Reduzierstationen an die Firma Integral-Montage, Wels, zum Preis von S 339.420,-
2. Tiefbauarbeiten für Stationsfundamente und Rohrverlegung an die Firma Hamberger, Steyr, zum Preis von S 59.494,-
3. Abnahme der Stationen durch ein Dampfkesselüberprüfungsorgan an den Techn. Überwachungsverein, Linz, zum Preis von S 16.000,- (exkl. 8 % USt).
4. Rohrverlegung an das städtische Gaswerk zum Preis von S 40.000,- (exkl. 18 % USt).

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich bitte auch hier um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Ich sehe keine Wortmeldung. Gegenstimmen sind keine zu verzeichnen, auch keine Enthaltung. Der Antrag ist angenommen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag lautet:

16) ÖAG-6116/79

Stadtwerke

Trinkwasserversorgung Neustift, Gleink und Weinzierl; Vergabe der Baumeisterarbeiten für den HB Neustift und Aufschließungsleitungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 7. März 1983 werden im Zusammenhang mit der Errichtung des Hochbehälters Neustift und der Errichtung des Pumpwerkes Gleink nachstehende Aufträge vergeben:

1. Erd-, Baumeister- und Professionistenarbeiten HB Neustift: Firma ARGE Beer & Janischofsky GesmbH, Hamberger GesmbH, Negrelli Bau AG, Zwettler GesmbH, alle Steyr, gemäß Anbot vom 21. 1. J. zum Preis von S 5.095.908,98 (exkl. 18 % USt).
2. Erd- und Baumeisterarbeiten für die Rohrverlegung sowie Errichtung des Pumpwerkes Gleink: Firma Lumetsberger KG, Perg, gemäß Anbot vom 21. 1. J., zum Preis von S 4.325.693,90 (exkl. 18 % USt).

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich ersuche Sie, diese Beträge zu genehmigen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Es wird auch dazu keine Wortmeldung gewünscht. Ist jemand dagegen? Nein. Gibt es eine Enthaltung? Beides nicht, der Antrag ist angenommen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der letzte Antrag betrifft die städtischen Bäder und lautet:

17) Bau5-4007/81

Städtische Bäder; weitere Sanierungsmaßnahmen im Freibadbereich;
Ergänzung des GR-Beschlusses vom 6. 7. 1982.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 6. 7. 1982 wurde der Auftrag für die Gesamtarbeiten zur schlüsselfertigen Herstellung der Sanierung an den Erholungsbecken inklusive der Wasseraufbereitung und Verrohrung der Beckenwassererwärmung an die Vereinigten Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 14. 3. 1983 wird nunmehr einer Erweiterung dieses Auftrages um insgesamt S 276.970,60 zugestimmt. Gleichzeitig wird der Auftrag zur Durchführung der Verstärkung der Trafostation an die OÖ. Kraftwerke AG Linz zum Preis von S 242.000,- übertragen.

Der Auszahlung der 1. Teilrate an die Firma VMW Ranshofen-Berndorf AG in Höhe von S 8.066.668,- wird unter einem zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von
S 7.000.000,- (sieben Millionen)

bei der VSt 5/831000/050340 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1.585.700,- (eine Million fünfhundertfünfundachtzigtausendsiebenhundert)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Entnahme aus Rücklagen zu erfolgen.

Ich ersuche um die Genehmigung dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich sehe, daß dazu keine Wortmeldung gewünscht wird. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Wortmeldung? Ebenfalls nicht. Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, eine kurze Mitteilung zwischendurch. Der Referent hat es nicht erwähnt, hat es mir aber heute mittag mitgeteilt, daß wir rechnen können, daß am 14. Mai das Stadtbad nach der Renovierung mit einem Betrag von 16 Millionen Schilling wahrscheinlich wieder eröffnet wird. Wir werden zu diesem Anlaß zweifelsohne in irgend einer Form die Wiederbenützung mit den Erneuerungen und Verbesserungen öffentlich vorstellen. Das nur zur Vormerkung. Zu gegebener Zeit werden noch Einladungen erfolgen.

Nächster Berichterstatter ist Kollege Wallner, bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Vor der offiziellen Gemeinderatsitzung ist Ihnen das Bauvorhaben Möbel Leiner zur Kenntnis gebracht worden bzw. die Pläne vorgestellt worden. Um dieses Bauvorhaben verwirklichen zu können, ist es notwendig, daß Sie eine ausnahmsweise Zustimmung zur Bauplatz- und Baubewilligung erteilen.

Der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den Gemeinderat hat folgenden Wortlaut:

18) Bau2-640/83, Bau5-1160/83

Bauvorhaben Möbel Leiner; Bausperre Nr. 5;
ausnahmsweise Zustimmung zur Bauplatz- und
Baubewilligung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 58 Abs. 3 OÖ. Bauordnung wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 22. März 1983 die ausnahmsweise Zustimmung zur Erteilung der angestrebten Bauplatzbewilligung nach der Vermessungsurkunde des Ziv. Ing. für

Vermessungswesen, Dipl. Ing. Friedrich Mayrhofer, Steyr, GZ. 5061/83, und der Erteilung der angestrebten Baubewilligung zum Neubau eines Einrichtungs-
hauses der Firma Leiner nach den Plänen der Julius Eberhard GesmbH, St. Pölten,
erteilt.

Bevor ich Sie bitte, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen, darf ich Herrn Bür-
germeister gleich an seine Zusage in der Gemeinderatsitzung vom 18. Oktober 1982
erinnern, wonach der Herr Bürgermeister mit Kommerzialrat Leiner ein Gespräch
einleiten wollte, worin er Herrn Leiner ersuchen wollte, vorzüglich heimische Fir-
men zur Anbotlegung einzuladen für diesen Bau. In der erwähnten Gemeinderatsitzung
vom 18. Oktober habe ich nämlich diese Forderung seinerzeit aufgestellt. Herr Bür-
germeister, ich habe mir der Einfachheit halber erlaubt, vom Protokoll eine Kopie
anfertigen zu lassen, damit man nicht lange suchen muß. Ich möchte meine Bitte hier
wiederholen, diesbezüglich mit Möbel Leiner Verbindung aufzunehmen.
Nun darf ich Sie bitten, dem gestellten Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Als erster hat sich Herr Gemeinderat Eichhübl ge-
meldet.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Die Stellungnahme der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion zum vorliegenden Antrag,
geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren, könnte an sich jetzt sehr kurz
ausfallen, denn das Thema, das dem heutigen Antrag zugrunde liegt, war bereits
Anlaß zu einer Diskussion, und zwar bei der Gemeinderatsitzung am 18. Oktober
1982. Im Verlauf dieser Sitzung haben wir seitens der freiheitlichen Gemeinderats-
fraktion die Absetzung des Tagesordnungspunktes betreffend die Verhängung einer
Bausperre zwecks späterer Errichtung eines Möbel-Großkaufhauses im Bereich Ta-
bor verlangt. Dies wurde aber abgelehnt. Da ich auch heute diesem Antrag die Zu-
stimmung nicht geben kann, Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, die
Gründe dieser Ablehnung aber nicht vorenthalten möchte, wird dieser mein Beitrag
doch nicht so kurz ausfallen.

Wir vertreten auch heute noch die Auffassung, daß es sehr schwierig ist abzuschätzen
und darüber zu befinden, ob die Vor- oder Nachteile für die Errichtung eines Möbel-
Großkaufhauses überwiegen. Daher hätte man im Rahmen einer Informationssitzung
sowohl jenen Geschäftsleuten, die sich gegen die Errichtung eines Möbel-Großkauf-
hauses am Tabor ausgesprochen haben, als auch den Befürwortern und Vertretern
der Firma Leiner die Möglichkeit geben sollen, ihre Ansichten darzulegen. Das wäre
neben einer fachmännisch durchgeführten Bedarfserhebung eine wesentliche Hilfe für
den gesamten Gemeinderat gewesen, eine so weitreichende Entscheidung ohne Gewis-
sensbisse treffen zu können.

Aus diesem Grunde erlauben Sie mir, daß ich teilweise einen Brief verlese, den ein
Fachmann aus der ansässigen Möbelbranche in Steyr geschrieben hat. Der Brief
stammt vom 28. 10. 1982: ...

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Der FPÖ hat er den geschrieben?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

"Wenn die Firma Leiner ein Möbelgeschäft mit etwa 20.000 m² - inzwischen
sind es ja 27.000 m², wie wir gehört haben - und ca. 150 Beschäftigten
in Steyr errichtet, so erwartet sich diese Firma einen Jahresumsatz von 150
Millionen Schilling mindestens. Man rechnet in dieser Branche pro Beschäftigtem mit
einem Umsatz im Jahr von mindestens 1 Mill. Schilling. Dieser Umsatz ist aber aus
folgenden Gründen nicht zu realisieren, ohne den bestehenden Einrichtungsbetrieben
hier in Steyr wesentliche Anteile abzunehmen: Die Aktivitäten der Firma Leiner
werden sich nicht in Richtung Linz und Wels ausstrecken, denn dort hat diese Firma
ihre eigenen Betriebe und da müßte sie sich selber Konkurrenz machen. Als Haupt-
markt bleiben also die Stadt Steyr, das Enns- und das Steyrtal, und das Gebiet in
Richtung Amstetten, das aber mit Polt und Schwarenthorer gut versorgt ist. Das
Ennstal selbst ist durch seine schwierige wirtschaftliche Struktur derzeit sicher
kein sehr ausbaufähiger Markt.

Das heißt also, daß große Teile

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich habe gar nicht gewußt, daß Du in Niederösterreich zuhause bist!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Der Otto verwechselt scheinbar die heutige Sitzung mit einer Faschingssitzung. Das heißt also, daß große Teile des Umsatzes den angestammten Steyrer Betrieben abgenommen werden müßten, wobei es auch mit diesen Anteilen kaum vorstellbar ist, daß ein Jahresumsatz von mehr als 150 Millionen Schilling zu erreichen ist. Daher ergeben sich für mich – so schreibt dieser Experte – folgende Schlußfolgerungen: Wenn also die Firma Leiner trotz dieser Überlegungen tatsächlich nach Steyr kommt, dann ist das eine Kampfansage gegenüber einem größeren Möbelunternehmer und man möchte verhindern, daß dieser sich in Österreich weiter ausdehnt. Dabei werden natürlich kleinere Einrichtungsbetriebe in Steyr wesentliche Umsatzeinbußen hinnehmen müssen.

Die Firma Leiner realisiert nicht das groß angekündigte Projekt, sondern begnügt sich nach Umwidmung und Genehmigung des großen Hauses mit einer kleineren Variante, oder aber der Grundeigentümer nimmt die Firma Leiner als Vorwand für dieses Grundstück, grünes Licht für eine intensivere Verbauung dieses Gebietes zu bekommen, womit der Wert dieser Grundstücke, die dann vielleicht ebenfalls höher verbaut werden könnten, wesentlich erhöht wird.

Abschließend schreibt dieser Fachmann: "Sicher ist jedenfalls eines, Möbelhaus Leiner = 150 neue, zusätzliche Arbeitsplätze, das stimmt sicher nicht." Meine Damen und Herren des Gemeinderates, diesen Ansichten eines Fachmannes möchte ich nichts hinzufügen, jedenfalls wären diese Argumente, denen sich bekanntlicherweise mehrere Geschäftsleute der Stadt Steyr angeschlossen haben, Grund genug gewesen, sich damit näher zu befassen und diese zu berücksichtigen.

Vorliegendem Antrag erteile ich seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion keine Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Beitrag wird zur Kenntnis genommen. Gibt es zu diesem Punkt eine weitere Wortmeldung? Wenn das nicht der Fall ist, würde ich Kollegen Fritsch bitten, daß er kurz den Vorsitz übernimmt, den Kollegen Wallner auf seinen Stammsitz verweist, damit ich einige Worte dazu sagen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Nachdem die Platzverhältnisse geklärt sind, bitte ich jetzt Herrn Bürgermeister um seine Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Zunächst einmal, meine Damen und Herren, wurde ich persönlich angesprochen vom Berichterstatter, was ist mit seinem damaligen Beitrag im Gemeinderat geworden? Wir haben den Beitrag zum Anlaß genommen, nachdem nicht mehr bekannt war als das, was uns der Herr Leiner mit seinen Herren in der ersten und für mich auch letzten Aussprache vorgelegt hat und haben versucht, dieses Wissen dann zu erweitern. Es wurde schriftlich und telefonisch mit der Firma Leiner Kontakt aufgenommen, und zwar auftragsgemäß über das Bauamt und durch die Magistratsdirektion, – und das wurde auch schriftlich festgehalten. Der Firma Leiner wurde mitgeteilt, daß der Gemeinderat zwar die Entscheidung getroffen hat, dieser Bausperre als Voraussetzung für die Ausnahmegenehmigung zuzustimmen, aber wir möchten wissen, ob, in welcher Weise und wann das Projekt zur Verwirklichung kommen wird. Letzten Endes trifft der Gemeinderat keine Entscheidungen auf Luft. Es ist dann in der weiteren Folge das Bauansuchen im Bauamt eingereicht worden, die Unterlagen dazu konnten Sie heute schon sehen. Der damals von uns gewünschte, auf Kosten der

Firma Leiner zu errichtende Fußgehersteg, wurde ebenfalls bestätigt, das war mit eine Voraussetzung unseres Interesses. Somit kann man sagen, daß jedenfalls in der Richtung von uns Aktivitäten entstanden sind, die nunmehr zum heutigen Beschluß führen sollen, damit der Bau dieses – für Steyrer Begriffe – Großkaufhauses durchgeführt werden kann.

Schon damals hat Kollege Wallner berechtigterweise die Frage gestellt, inwieweit die heimische Wirtschaft an diesem Bau beteiligt sein wird und ich habe damals auch aus diesem mir von Kollegen Wallner zur Verfügung gestellten Auszug aus dem Protokoll gelesen, daß ich damals schon erklärt habe, wir werden sicher nicht auf jeden Auftrag einwirken können und hier federführender Auftraggeber sein, sondern nur die Firma ersuchen können – das ist ja schon mehrmals geschehen – die heimische Wirtschaft, so weit es geht, zu berücksichtigen. Fest steht, daß ein Großkaufhaus dieser Art und dieser Bauweise sicher nicht aus Ziegeln erbaut wird, sondern es wird zweifelsohne in Fertigteilbauweise vorgegangen. In Steyr gibt es kein Fertigteilwerk, meines Wissens nach, sondern es wurde von der Firma ein Generalunternehmer, der sein Stammhaus in St. Pölten hat, – im Protokoll ist er, glaube ich, sogar namentlich angeführt, Tomschitz oder so ähnlich – beauftragt und dieser hat für die Firma Leiner die Außenhaut, die Fertigteilelemente zu liefern. Das ist so ähnlich, wie es die Firma Zwettler für die Wohnbauten im Resthof macht. Es wurde aber eindeutig erklärt, daß bei gleicher Angebotshöhe die heimische Wirtschaft den Vorzug bekommt, weil die Firma Leiner, schon in Anbetracht der späteren Interessen als Verkäufer, auch das Interesse beim Bau zeigt, mit der heimischen Wirtschaft und der heimischen Interessenvertretung der Wirtschaft in einen verständnisvollen Kontakt zu gelangen. Dieser Aussage kann ich nur den guten Willen unterstellen, ich habe diesbezüglich keinen Vertrag vorzulegen, es wird kaum jemandem möglich sein, einen Vertrag dieser Art zu bekommen. Allerdings haben wir schriftlich die Zusicherung, wie schon erwähnt, mittels Brief im Hause. Meiner Überzeugung nach ist das Projekt Leiner dreidimensional zu sehen. Das erste ist die Errichtung des Bauwerkes mit rund 150 Millionen Schilling Wert, ich kann heute aber noch nicht sagen, ob dieser Wert erreicht wird, nehme es aber an. 150 Millionen Schilling Investitionswert, wovon hier von diesen 150 Millionen, das sage ich bewußt, denn sollten es nur 100 sein, unter Anführungszeichen, die in Steyr bleiben, so glaube ich, ist es auch für uns in der Jetztzeit ein besonders wertvoller Umstand. Es ist hier eine Beschäftigung während der Bauzeit im Raum Steyr gesichert und es ist unser Bemühen, bei den Baubeauftragungen die heimischen Firmen so gut es geht voll mit einzubeziehen, jedenfalls bei der Ausschreibung, das ist dezidiert zugesichert. Bei der Ausschreibung werden die Steyrer Firmen auf jeden Fall mit einbezogen, es wird niemand vergessen. Dann hängt es allerdings davon ab, welche Möglichkeiten das einzelne Unternehmen hat, sich gegen die Konkurrenz am Ort selbst und gegen die im Umland befindliche Konkurrenz durchzusetzen. Darauf haben wir sicher keinen Einfluß. Die zweite Dimension, die wir dabei sehen müssen ist, daß es sich um ein Großkaufhaus handelt, dessen Bestand in dieser Investitionsgröße sicherlich nicht nur von heute auf morgen zu sehen sein wird, sondern daß dieser Großhandelsbetrieb zweifelsohne die Palette beträchtlich vergrößern kann, damit Steyr als Einkaufsstadt einen zusätzlichen Impuls erhält. Auf Sicht gesehen ist es auf jeden Fall ein Impulsgeber, wie wir ihn in dieser Art gegenwärtig nicht besitzen. Darüber hinaus ist mit dieser Dimension auch verbunden, daß wir einen Steuerzahler bekommen, wenn wirklich diese Größenordnung erreicht wird, der für Steyr nicht unerheblich ist. Ich kann Ihnen versichern, ein anderes Möbelhaus in Steyr, das größte, ist in der Reihung der potenten Steuerzahler ziemlich weit im Vorderfeld zu finden. Es ist also anzunehmen, bei einer Beurteilung in dieser Richtung, daß auch das Haus Leiner, wenn es so geführt wird, wie es in Österreich dafür bekannt ist. Ich glaube, das Haus in Steyr dürfte das 11. in Österreich sein, die 7 oder 8 Kika-Häuser mitgerechnet. Damit dürfte sicher eine härtere Konkurrenz auftreten, das können wir nicht verhindern, eine Konkurrenz im freien Wettbewerb, aber es wird dann auch möglich sein, daß wir eine zusätzliche Dauerbeschäftigung im Handel erreichen und zusätzliche Steuereinnahmen für die

Stadt erzielen werden. Auch die Lohnsummensteuer ist nicht ganz zu verachten, sofern sie künftighin bestehen bleibt.

Es ist aber noch etwas damit verquickt, was wir nicht einfach vom Tisch wischen sollten. Wir wissen, daß die Seifentruhenumfahrung eine sehr stark frequentierte Straße ist und daß dieses Möbelhaus bei dieser Konstruktion, bei der vorgebauten Weise vor dem Wohnviertel Tabor, sicher auch ein Lärmschutz sein wird. Ich glaube nicht, daß die dahinter liegenden Wohnhäuser leiden werden, im Gegenteil, die werden viel weniger vom Lärm betroffen sein aufgrund der Bauhöhe und Objektlänge. Meines Erachtens nach können auch in dieser Richtung Vorteile erwachsen.

Was die Ausführungen des Kollegen Eichhübl anlangt, so gebe ich ohne weiteres zu, daß er ein Schreiben eines Fachmannes erhalten hat, von einem Fachmann, der hier in Steyr ansässig ist und als Konkurrent angesehen werden muß, der ist in seiner Aussage in fachlicher Richtung zwar unbestritten, ob aber nicht auch das Konkurrenzdenken im Vordergrund der Darstellung liegt, das muß man hier auch mit bedenken. Bei der Beurteilung dieses Projektes muß ich als Bürgermeister der Stadt Steyr von meiner persönlichen Erfahrung ausgehen und die Erfahrung lehrt mich, zurückbetrachtet auf 10 Jahre, daß jede Entwicklung, die der Gemeinderat versucht hat zu fördern, die Private ergriffen haben und die der Gemeinderat mit seinen Maßnahmen gefördert hat, sich bis heute noch nie zum Nachteil der Stadt oder der Bürger – ich will nicht pathetisch werden – ausgewirkt haben. Es ergab sich daraus bisher immer nur eine Verbesserung, z.B. der Geschäftssituation am Stadtplatz. Die Strukturierung der Handelswelt hat sich irgendwie geändert, die Anpassung an die Käuferwünsche, die Spezialisierung in dieser oder jener Richtung, zeigt sich viel stärker als je zuvor und wir können den oft so hochgelobten Wissenschaftlern eine deutliche Abfuhr erteilen, die behauptet haben, Steyr wäre nie ein Boden für eine Einkaufsstadt, sondern unsere Stadt eignet sich bestenfalls zum Schlafen. Das ist auch mit diesem Projekt eindeutig widerlegt und unsere Handlungsweise damit unter Beweis gestellt.

Im übrigen getraue ich mich etwas nur anzudeuten. Nicht zuletzt beeinflusst von diesem Projekt werden wir uns vielleicht in nächster Zeit mit einem ähnlichen Projekt zu beschäftigen haben, wo ich dann auch hoffe, wenn ich dort die gleichen Argumente, die ich jetzt verwende, wiederhole, daß Sie mir beipflichten werden.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke Herrn Bürgermeister für seinen Beitrag. Ich frage, ob aufgrund dieses Beitrages noch eine Wortmeldung vorgesehen ist? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher den Referenten um sein Schlußwort. Gleichzeitig übergebe ich den Vorsitz wieder dem Herrn Bürgermeister.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Herr Bürgermeister, mir war natürlich bekannt, daß die offizielle Kontaktnahme stattgefunden hat und ich habe in den Akt Einsicht genommen. Mir ging es nicht allein um die offizielle Kontaktnahme, sondern mir wäre es darum gegangen, daß der Bürgermeister dieser Stadt von sich aus noch einmal zur Bekräftigung mit Leiner in Verbindung tritt, ich halte wirklich etwas davon. Ich bitte nochmals den Herrn Bürgermeister, diesbezüglich doch aktiv zu werden, denn das Wort eines Bürgermeisters bedeutet sicher auch bei diesen Leuten etwas.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Darf ich kurz etwas dazwischen sagen. Der richtige Zeitpunkt für diese Intervention wäre dann da, wenn der Gemeinderat die Freigabe erteilt, also vor der Ausschreibung. Die Zusicherung, daß die Steyrer Firmen in die Ausschreibung mit einbezogen werden, die ist dezidiert vorhanden und das wird nach dem Beschluß des Gemeinderates wahrscheinlich leichter möglich sein, als vorher wo die Unsicherheit besteht, ob gebaut wird oder nicht.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Herr Bürgermeister ich darf Sie um die Abstimmung bitten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Bericht. Ich bitte Sie nun, wenn Sie mit dem Antrag einverstanden sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (GR Eichhübl/FPÖ) und einer Enthaltung (GR Lang) angenommen.

Danke. Ich bitte um den nächsten Punkt.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag lautet:

19) Bau2-2319/79

Abänderung des Bebauungsplanes 13 a "Hinterberg";

2. Verlängerung der Bausperre Nr. 2

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Verordnung

I. Gemäß § 58 Abs. 2 OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 35/1976, wird für die in der Plangrundlage des Stadtbauamtes vom 14. Mai 1979 bezeichneten Gebiete die mit Verordnung des Gemeinderates vom 7. Juni 1979 verhängte Bausperre auf weitere 2 Jahre verlängert.

Die Bebauungspläne für die einzelnen Bereiche sind derzeit noch nicht fertiggestellt, da noch verschiedene Überarbeitungen und Ergänzungen durchgeführt werden müssen. Die künftige Verbauung der WAG-Gründe, für welche heuer ein Architektenwettbewerb durchgeführt werden soll, sowie die Expansionsabsichten der BMW-Motoren-GesmbH, sollen im neuen Bebauungsplan bereits Berücksichtigung finden.

Die diesbezüglich durchgeführte Flächenwidmungsplanänderung wurde im Gemeinderat am 17. September 1981 beschlossen und im Amtsblatt Nr. 1/1982 kundgemacht.

Diese Gebiete werden begrenzt wie folgt:

Motorenwerk: Im Osten durch eine ca. 10 m von der Gleisachse der Bahnlinie St. Valentin-Kleinreifling entfernte Linie, im Süden durch die Geländestufe zum Kugellagerweg, im Westen durch die Besitzgrenze der Steyr-Daimler-Puch AG und im Norden durch die Verlängerung der Zirerstraße.

Umwidmung Wohnungs-AG Linz: Im Norden durch den Ennsfluß, im Osten zuerst durch die erste Geländestufe zwischen Enns und Wohnsiedlung Münchenholz, dann durch die Besitzgrenze der Wohnungs-AG Linz und die Geländestufe der Haager Straße, im Süden bzw. Südwesten durch die bereits bestehende Wohnbebauung und in weiterer Folge durch die obere Geländekante der Steilstufe zur Ennsniederung und im Westen durch eine an der Ostgrenze der ehemaligen Kematmüllerschule verlaufende und bis zum Ennsfluß verlängerte Linie.

II. Die Kundmachung erfolgt gemäß § 62 des Stadtstatutes für die Stadt Steyr, LGBl. Nr. 11/1980, im Amtsblatt der Stadt. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an im Baurechtsamt des Magistrates Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf.

Ich möchte es Ihnen ersparen, diese Verordnung wörtlich zu verlesen und bitte um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben diesen Antrag gehört. Haben Sie dazu eine Bemerkung? Kollege Tremel bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe bereits bei der Abänderung des Bebauungsplanes 13 a Hinterberg Bedenken

geäußert und mich bei der damaligen Abstimmung der Stimme enthalten. Aus meiner Sicht war aus städteplanerischen und wirtschaftlichen Gründen die Umwidmung im Interesse unserer Stadt und auch im Interesse der Bevölkerung gerechtfertigt. Durch die Umwidmung von bisher landwirtschaftlicher Nutzung zum Bauland – es handelt sich hier um das Gebiet hinter dem Abschnitt III – laut Mehrheitsbeschluß des Gemeinderates vom 17. September 1981, ist eine ganze Schrebergartenkolonie, über 200 Arbeiter- und Angestelltenfamilien, stark davon betroffen. Für diese bedeutet die künftige Verbauung der sogenannten WAG-Gründe, für welche bereits heuer ein Architektenwettbewerb durchgeführt werden soll, wie auch die Expansionsabsichten der BMW-Motorengesellschaft – man plant, in Fabriksnähe Wohnungen zu bauen – daß sie in absehbarer Zeit ihr Erholungsgebiet, ihre mühevoll bearbeiteten Gärten, ihre liebevoll erbauten Häuschen, verlieren werden. Diese Schrebergartenkolonie wurde im Laufe der Zeit wirklich zu einem Gebiet – davon können sich die Münichholzer ja überzeugen – der Begegnung, wo viele Mitbürger Erholung und Entspannung finden. Ich bin daher nach wie vor der Auffassung, bevor nicht ein Ersatzgebiet für diese Schrebergartenpächter dementsprechend bereitgestellt wird, wird auch seitens meiner Partei und von mir keine Zustimmung gegeben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Beitrag. Wünscht noch jemand dazu das Wort? Niemand. Ich darf ausdrücklich darauf hinweisen, es handelt sich nicht um einen Grund, der der Gemeinde Steyr gehört, er gehört der WAG in Kombination der Besetzung in Verträgen mit Angehörigen der Steyr-Werke. Was die Gemeinde betrifft darf ich daran erinnern, daß wir planerisch bereits so weit vorgesorgt haben, daß wir nach Absprache mit der Gemeinde Ulrich ein neues Schrebergartengebiet in der Nähe der Ennsleite errichten werden, und zwar im Grünland der Gemeinde Ulrich, das aber Eigentum der Stadt Steyr ist in direkter Angrenzung an die Stadtgrenze und mit dem Schrebergartenverein hier schon mehrmals Gespräche stattgefunden haben. Das Ergebnis wird von diesem Verein sehr begrüßt. Die Vorsorge der Stadt in Richtung der Schrebergartenbesiedelung ist jedenfalls gegeben. Wir können im Gemeinderat nicht die Behinderungen in den Vordergrund stellen, wenn es um die Entwicklung der Wohnbauflächen geht, sondern wir müssen, so weit es möglich ist, von uns aus die Ersatzbildung in den Vordergrund stellen und können nicht die Verantwortung jener übernehmen, die die Eigentümer der umstrittenen Grundflächen sind. Das muß man deutlich sagen. Wortmeldungen liegen sonst keine mehr vor. Wünscht der Referent noch dazu zu sprechen? Nein. Wir stimmen darüber ab. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GR Tremel/KPÖ) angenommen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Beim nächsten Antrag geht es darum, die mit dem Abstieg Tomitzstraße – Schwimmschulstraße verbundene Tunnelsparlösung als Gemeindestraße zu erklären. Der Antrag lautet:

20) Bau3-266/80

Abstieg Tomitzstraße – Schwimmschulstraße; Tunnelsparlösung;
Erklärung als Gemeindestraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Anlage beige-schlossene Verordnung betreffend Erklärung des Straßenabstieges Tomitzstraße – Schwimmschulstraße in der Form der Tunnel-Spar-Lösung als Gemeindestraße wird genehmigt. (BEILAGE B)

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Gibt es eine Gegenstimme? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Im Zusammenhang mit der Aufschließung der Josef Fellingner-Siedlung wären einige Aufträge zu vergeben. Der diesbezügliche Antrag lautet:

21) Bau3-3956/81

Aufschließung Josef Fellingner-Siedlung; Stromversorgungskabel.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 24. Februar 1983 werden zur Aufschließung der Josef Fellingner-Siedlung (Stromversorgungskabel für die Bauparzellen) folgende Aufträge vergeben:

1. Kabelverlegung und Niederspannungsverteiler an die OKA zum Preise von S 1.089.320,-
2. Materiallieferung an die Fa. Enzlberger, Steyr, zum Preise von S 18.596.-
3. Kabelverlegung an die Fa. Zwettler zum Preise von S 26.000,-.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag in Höhe von

S 823.000,- (Schilling achthundertdreißigtausend)

bei VA-St. 5/612000/002170 freigegeben und eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 310.900,- (dreihundertzehntausendneunhundert)

bei derselben Voranschlagsstelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Entnahme aus Rücklagen zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Ist keine zu sehen. Ist jemand gegen den Antrag oder gibt es eine Enthaltung? Das ist nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Damit ist das Referat Wallner mit Dank abgeschlossen. Anstelle von Stadtrat Wippersberger wird nun Gemeinderat Zagler berichten.

BERICHTERSTATTER GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER (anstelle des abwesenden Stadtrates Leopold Wippersberger)

Geschätzter Herr Bürgermeister, sehr geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Mir wurde die Aufgabe übertragen, stellvertretend für Herrn Stadtrat Wippersberger 14 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorzulegen. Ich darf Sie jetzt schon bitten, nachdem ich das erste Mal mache, sollten mir Fehler unterlaufen, mir diese zu verzeihen. Sollten mir aber Fehler unterlaufen, so hoffe ich jedenfalls, daß sie auch solche Heiterkeitserfolge hervorrufen, wie sie heute schon Vizebürgermeister Schwarz für sich verzeichnen konnte.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich hoffe, Du verlangst keine Beweise dessen, was Kollege Schwarz vorgetragen hat.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Der erste Antrag, den ich Ihnen vorzulegen habe, behandelt die Regulierung der Hinterberger Straße, und zwar die Übernahme von Flächenteilen in das öffentliche Gut und er lautet:

22) Bau3-7199/80

Regulierung der Hinterberger Straße; Übernahme von Flächenteilen in das öffentliche Gut.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Übernahme der für die Verbreiterung der Hinterberger Straße in Anspruch genommenen Grundflächen laut Vermessungsurkunde des Dipl. Ing. Mayrhofer vom 29. 11. 1982, GZ 5001/82, in das öffentliche Gut als Bestandteil der Hinterberger

Straße (Gemeindestraße) wird zugestimmt.

Ich bitte, darüber diskutieren und abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Ich sehe keine Wortmeldung. Wir stimmen darüber ab. Ist jemand gegen den Antrag? Enthält sich jemand der Stimme? Beides nicht der Fall, daher Einstimmigkeit.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Der zweite Antrag, den ich Ihnen vorzulegen habe, lautet:

23) VerkR-5410/79

Geh- und Radfahrweg Aschacher
Straße; Grundeinlöse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 18. 3. 1983 wird im Zusammenhang mit der Errichtung des Geh- und Radfahrweges Aschacher Straße der Auszahlung nachstehend angeführter Grundentschädigungsbeträge zugestimmt:

a) Elsa Schwarz: aus Grundstück Nr. 41/16 ca. 23 m2 á S 700,-	S 16.100,-
b) Anna Schrattenecker: aus Grundstück Nr. 332/2 ca. 449 m2 á S 80,-	S 39.920,-
Nr. 332/2 ca. 40 m2 á S 500,-	S 20.000,-
Nr. 332/3 ca. 78 m2 á S 500,-	S 39.000,-
	<u>S 98.920,-</u>
	=====
c) Josef und Silvia Dutzler: aus Grundstück Nr. 325/2 ca. 953 m2 á S 150,-	S 142.950,-
d) Antonia und Hubert Sandmayr: aus Grundstück Nr. 332/1 ca. 17 m2 á S 35,-	S 96.642,-
	Nr. 58/1 ca. 126 m2
á S 767,-	S 397.950,-
	Nr. 41 ca. 194 m2
á S 767,-	S 148.798,-
	Nr. 42/1 ca. 32 m2
á S 767,-	S 24.544,-
plus Haltebucht 90 m2 á S 210,-	<u>S 18.900,-</u>
	S 687.429,-
	=====
Gesamtablösesumme laut Verhandlungsschrift	S 945.399,-
davon 90 %	S 850.859,10
	=====

Zum genannten Zweck wird der Betrag von

S 784.000,- (siebenhundertvierundachtzigtausend)

bei VSt 5/611000/002230 freigegeben und eine Kreditüberschreitung von

S 67.000,- (siebenundsechzigtausend)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Entnahme aus Rücklagen zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte, darüber zu diskutieren bzw. die Beschlußfassung herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu Bemerkungen? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Beides nicht, somit einstimmig beschlossen.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Der nächste Antrag betrifft den Abstieg Tomitzstraße, und zwar die Vergabe der Bauarbeiten.

24) Bau3-266/80

Abstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße;
Vergabe der Bauarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 27. 1. 1983 wird der Auftrag zur Durchführung der Bauarbeiten für die Tunnelsparvariante Abstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße der Firma Negrelli, Steyr, zum Preise von S 54,000.000,- übertragen.

Zum vorgenannten Zweck wird bei der VSt 5/612000/002040 der Betrag von S 1,000.000,- (Schilling eine Million)

freigegeben.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Abstimmung darüber.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Enthaltung? Beides nicht der Fall, auch hier liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Im folgenden Antrag handelt es sich um die Umfahrung Märzenkeller, um den Baukostenbeitrag zur Errichtung der Märzenkellerbrücke, und zwar die Restabwicklung.

25) Bau3-1501/72

Umfahrung Märzenkeller; Errichtung der Märzenkellerbrücke;
Baukostenbeitrag der Stadt - Restzahlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschlüssen des Stadtsenates vom 4. 6. 1981 und des Gemeinderates vom 15. 12. 1981 wurden für den 22 %igen Kostenanteil der Stadt Steyr an der Errichtung der 3 Brücken im Zuge der Umfahrung Märzenkeller S 72.400,- und S 3,779.200,- freigegeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 20. 1. 1983 wird nunmehr zur Leistung des Kostenanteiles der Stadt Steyr für die Brückenbauten im Baulos Märzenkeller an die Abteilung Brückenbau beim Amt der OÖ. Landesregierung der Betrag von

S 1,605.100,- (eine Million sechshundertfünftausendeinhundert)

bei der VSt 5/610000/770020 für das Rechnungsjahr 1983 freigegeben.

Ich bitte Sie, über diesen Antrag abzustimmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich frage wieder, ob jemand dagegen ist oder ob sich jemand der Stimme enthält? Beides nicht der Fall, daher einstimmig angenommen.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Der nächste Antrag behandelt den Straßen- und Kanalbau für die Unterführung der Neuschönauer Hauptstraße beim Isabellenhof, die Mittelfreigabe für den Straßenbau.

26) Bau3-5992/80

Unterführung Neuschönauer Hauptstraße beim Isabellenhof;
Straßen- und Kanalbau; Mittelfreigabe für den Straßenbau.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 16. 9. 1982 wurden die Baumeisterarbeiten für den Straßen- und Kanalbau für die Unterführung der Neuschönauer Hauptstraße beim Isabellenhof an die ARGE Isabellenhof (Firma Hamberger - Wenk) zum Gesamtpreis von S 3,151.333,- übertragen und gleichzeitig ein Betrag von S 500.000,- freigegeben.

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 25. 11. 1982 wurde zur Fortführung der Bauarbeiten ein Betrag von S 1,000.000,- freigegeben. Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 24. 1. 1983 wird nunmehr zur weiteren Abwicklung der Baustelle ein Betrag von

S 1,000.000,- (eine Million)

bei VSt 5/612000/002150 und ein Betrag von

S 150.000,- (einhundertfünfzigtausend)

bei VSt 5/811000/050240 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wie ich sehe, wird auch dazu keine Wortmeldung gewünscht. Dagegen ist auch niemand, wie ich bereits erkennen kann. Enthaltungen? Ebenfalls nicht, somit einstimmiger Beschluß.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Ein aktuelles Bauprojekt behandelt der nächste Antrag.

27) Bau3-1545/77

Fußgängerunterführung Blümelhubervilla; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 24. Februar 1983 wird für die Arbeiten für die Errichtung der Fußgängerunterführung Blümelhubervilla ein Betrag in Höhe von

S 1,500.000,- (Schilling eine Million fünfhundertfünfzigtausend)

bei VA-St 5/612000/002100 freigegeben und eine Kreditübertragung in Höhe von

S 445.000,- (Schilling vierhundertfünfundvierzigtausend)

bei VA-St. 5/811000/050320 bewilligt.

Die Deckung für die Kreditübertragung hat durch Entnahme aus Rücklagen zu erfolgen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Bericht und frage, ob jemand zu sprechen wünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Der nächste Antrag behandelt die Übernahme des Kanales in der Kammermayrstraße in das öffentliche Gut, die Refundierung der Kosten und lautet:

28) Bau5-130/79

Übernahme des Kanales in der Kammermayrstraße in das öffentliche Gut;
Refundierung der Kosten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 6. Juli 1982 wurde der Refundierung der Kosten für die Kanalverlegung in der Kammermayrstraße in Höhe von S 672.600,- inkl. 18% MWSt an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch GesmbH durch die Stadt Steyr zugestimmt.

Nach Vorliegen der Schlußrechnung ergab sich nun eine Reduzierung dieses Betrages von S 672.600,- auf S 609.514,39. Da die freigegebenen Mittel im Rechnungsjahr 1982 nicht mehr zur Auszahlung gelangen konnten, wird nunmehr aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 9. 2. 1983 der Refundierung dieser Kosten für die Kanalverlegung in Höhe von S 609.514,39 zugestimmt und dieser Betrag für das Rechnungsjahr 1983 neuerlich freigegeben.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 609.500,- (Schilling sechshundertneuntausendfünfhundert)

werden bei VSt 5/480000/777010 freigegeben.

Ich bitte den Herrn Bürgermeister, den Antrag zur Diskussion zu stellen und darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich frage, ob Sie zu diskutieren wünschen? Das ist wiederum nicht der Fall. Gibt es eine Gegenstimme? Enthaltung? Beides nicht der Fall, auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Der nächste Akt behandelt das Straßenbeleuchtungsprogramm 1983. Es liegt Ihnen der Amtsbericht vor, aus dem die einzelnen Punkte des Programms hervorgehen.

Der Antrag lautet:

29) En-1081/83

Straßenbeleuchtungsprogramm 1983.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 17. 2. 1983 wird dem darin enthaltenen Straßenbeleuchtungsprogramm 1983 grundsätzlich zugestimmt. Die einzelnen Mittelfreigabebeanträge erfolgen gesondert zu einem späteren Zeitpunkt.

Ich bitte um Abstimmung über diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es Einwände? Bemerkungen? Kollege Fritsch bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich kann Kollegen Zagler nicht dauernd um Diskussion bitten lassen und er damit keinen Widerhall findet. Daher, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, nur ein ganz kleiner Beitrag, der eigentlich Kollegen Zagler jetzt etwas überfordert, weil er ja stellvertretend für Kollegen Wippersberger tätig ist. Ich möchte den Gemeinderat mit einem Wunsch konfrontieren, einem berechtigten Wunsch der Bevölkerung aus dem Bereich Gleink. Es ist im Umkreis der Haltestelle, also bei der Kreuzung der Gleinker Straße mit der Ennser Straße, zur Nachtzeit relativ finster, die Autobusfrequenz ist gegeben. Die Wünsche der Bevölkerung sind dahingehend, zumindest in diesem Be-

reich einen Lichtpunkt zu errichten. Ich bin überzeugt davon, daß dieser Wunsch erstens mehr als berechtigt ist, er zweitens nicht mit so hohen Kosten verbunden ist, daß man ihn nicht realisieren könnte und ich bin auch überzeugt davon, daß Kollege Zagler dies als stellvertretender Referent an Stadtrat Wippersberger weitergeben wird. Insbesondere darf ich auch hier noch erwähnen, daß, wenn auch nicht im Beleuchtungsprogramm direkt erhalten, die Forderung nach einer Beleuchtung im Bereich des Laichbergweges durch die Umbaumaßnahmen, vorwiegend straßenmäßig, dahingehend erfüllt wird, daß dort 5 - 6 Lichtpunkte errichtet werden, damit in Steyr jedem rechtzeitig das Licht aufgeht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

In der Annahme, daß kein Steyrer erleuchtet werden braucht, werden wir trotzdem diese Anregung dem Protokoll einverleiben und Kollege Wippersberger wird das verfolgen. Ich würde dazu Herrn Dr. Alphasamer ersuchen, daß er die nötigen Vermerke macht. Was den Gleinker Knoten betrifft ist nur eine Annahme hier zu treffend, durch die ständigen Planungen der S 37, durch die Änderungen der Knotenplanung, hat man vom Bauamt nichts mehr unternommen in dieser Richtung, und es ist ja heute wieder nicht genau sicher, was geschehen wird. Der Knoten wird kleiner als ursprünglich geplant, weil nur eine zweispurige Straße von diesem Knoten in Richtung Asang wegführen wird usw. Der ganze Bereich steht in einem Planungszustand, der mir jetzt auch nicht geläufig ist. Ich kann daher nur das als Grund annehmen, warum bis heute nicht mehr unternommen wurde und geschehen ist. Wir lassen das aber prüfen, auf ein Licht mehr oder weniger soll es nicht ankommen. Damit ist Kollege Zagler von der Pflicht entlassen, sich darum bemühen zu müssen. Ich sehe aber keine weiteren Wortmeldungen mehr dazu. Der Antrag steht zur Diskussion. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Enthaltung? Der Antrag ist somit beschlossen.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Der nächste Akt befaßt sich mit der Arztpraxis im Resthof, die Gewährung eines Finanzierungszuschusses. Auch hier liegt ein umfangreicher Amtsbericht vor. Der diesbezügliche Antrag lautet:

30) Ha-1311/83

Arztpraxis Resthof; Gewährung eines Finanzierungszuschusses an die GWG.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtgemeinde Steyr übernimmt die Kosten der Ausgestaltung der Arztpraxis Resthof im Objekt Siemensstraße 3 - 5 (ärztlicher Bewerber Dr. Gerhard Tomsovic, 4820 Bad Ischl, 4820 Bad Ischl, Dumbastraße 4/5/10) gegenüber der GWG im Betrag von

S 380.000,- nach der Kostenaufstellung der Mag. Abt. III bzw. der Gesamtbauleitung Resthof vom 11. März 1983. Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung von S 380.000,- bei VA-St 1/510000/777000 bewilligt, die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln, allfällige Subventionen anderer Stellen sind mit diesem Betrag zu verrechnen.

Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Punkt einen Beitrag? Kein Beitrag. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltung? Beides nicht, es liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Dem nächsten Akt, dem ebenfalls ein umfangreicher Amtsbericht zugrunde liegt, behandelt die Förderung der zweiten Ausbaustufe von 1000 auf 1800 Arbeitsplätze des BMW-Steyr-Motorenwerkes. Der Antrag lautet:

31) Präs-486/78

Förderung der 2. Ausbaustufe von 1.000 auf 1.800
Arbeitsplätze des BMW-Steyr-Motorenwerkes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 14. März 1983 werden zur Förderung der 2. Ausbaustufe des BMW-Steyr-Motorenwerkes von 1000 auf 1800 Arbeitsplätze die nachstehend angeführten Maßnahmen der Stadt festgelegt:

1. Rückvergütung der Lohnsummensteuer für 2 Jahre nach dem 1. vollen Betriebsjahr, d. h. Projektvollendung 1986, Berechnungsjahr 1987, zahlbar 1988 und 1989. Aus diesem Titel ist eine Förderung von mindestens S 16 Millionen, aufgeteilt auf 2 Jahre, zu erwarten.

2. Die Stadt verpflichtet sich, bei Erfüllung des Erweiterungsprojektes auf 1800 Mitarbeiter die Gebühren für Wasserleitungs- und Kanalanschluß in Höhe von ca. S 13 Millionen zu erlassen.

3. Nach Beendigung der letzten Ratenzahlung für das Basisprojekt im Jahre 1985 sagt die Stadt Steyr für die Jahre 1986 und 1987 eine weitere Barsubvention von je S 2,5 Millionen, somit S 5 Millionen, zu.

4. Die Stadt Steyr bindet ihre Förderungszusage an die Bereitschaft von BMW, den Anteil der Mitarbeiter, die ihren ordentlichen Wohnsitz in Steyr haben, auf mindestens 60 % zu erhöhen.

Sohin erreicht das gesamte Förderungspaket der Stadt Steyr für den Vollausbau des Motorenwerkes mit 1800 Mitarbeitern eine Summe von S 34 Millionen.

5. Zugleich wird mit dieser Förderung der GR-Beschluß vom 13. 5. 1980 aufgehoben.

Ich darf Sie bitten, diesen Antrag der Diskussion zu unterziehen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Als erster Redner hat sich Kollege Schwarz zu Wort gemeldet. Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? Kollege Tremel.

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Zum heutigen Tagesordnungspunkt, Förderung der 2. Ausbaustufe von 1000 auf 1800 Arbeitsplätze des BMW-Steyr-Motorenwerkes, möchte ich meiner Freude Ausdruck geben, daß wir im Gemeinderat durch finanzielle Hilfeleistung der Stadt mitwirken können beim Ausbau eines so renommierten Unternehmens. Die Summe der Belastungen von 34 Millionen Schilling ist für die Gemeinde sicher groß, jedoch dank der Verhandlungsführung wurde die Belastung so aufgeteilt, daß sie auf mehrere Jahre verteilt wird und hauptsächlich aus dem Verzicht von Einnahmen besteht. Der Verzicht an Lohnsummensteuer von voraussichtlich 16 Millionen, wie ja bereits erwähnt wurde, für die Jahre 1988 und 1989 erfordert in der nächsten Zeit weder eine Zinsenbelastung noch eine größere Ausgabe oder Budgetierung, da wir diese Einnahmen ohne BMW-Motorenwerk ohnedies nicht hätten. Die Zuwendung der Gemeinde erfolgt nach dem Schlagwort "Förderung von Arbeitsplätzen". Es ist nur zu hoffen, daß es nicht allein bei der Arbeitsplatzförderung bleibt, sondern daß Aufträge in Zukunft nach Steyr kommen und hier aufgearbeitet und erfüllt werden. An Arbeitsplätzen mangelt es in Steyr wirklich nicht, sondern an Aufträgen für die Firmen, die uns leider auch in Hinkunft niemand garantieren kann. Da der Großteil der Steyrer Beschäftigten in Klein- und Mittelbetrieben tätig ist, darf man bei diesen Betrieben die Förderung nicht übersehen. Gerade die Klein- und

Mittelbetriebe haben in schweren Zeiten bewiesen, daß deren Unternehmer beweglich genug sind, um sich den geänderten Verhältnissen anzupassen.

Ich möchte auch den zuständigen Stellen danken, daß sie bei so manchen wirtschaftlichen Problemen und bei Vorsprachen immer Verständnis gehabt haben und für die Probleme aufgeschlossen waren. Damit konnten so manche Schwierigkeiten unbürokratisch beseitigt werden.

Ein echtes Anliegen der Wirtschaftstreibenden ist es, die Kanalanschlußgebührenordnung in der Hinsicht zu ändern, daß für betriebliche Gebäude wie Werkstätten und Lagerhallen nicht die volle Gebühr zur Anwendung kommen sollte, sondern die Anschlußgebühr nur in jenem Maß Platz greifen soll, in dem der Kanal tatsächlich benutzt wird. Es wird von Seiten der Gewerbetreibenden nicht verstanden, daß man hunderttausende Schilling Kanalanschlußgebühr bezahlen muß, obwohl nur Toiletten und ein Handwaschbecken auf einem Bruchteil einer Halle untergebracht sind. Um den Unternehmern einen Anreiz zu geben, ihren Betrieb zu erweitern, schlage ich vor, bis zu einer Änderung der Kanalanschlußgebührenordnung in den nächsten drei Jahren die Kanalanschlußgebühr bei Errichtung von betrieblichen Gebäuden zu erlassen.

Zu bemerken ist, daß auch in den Städten Linz, Wels und in anderen Gemeinden Oberösterreichs wesentliche Ermäßigungen bei Anschlußgebühren, betreffend betrieblich genutzte Räumlichkeiten, gewährt werden. Eine Änderung der Kanalanschlußgebührenordnung würde keine Schenkung oder Subvention an die Betriebe bedeuten, sondern lediglich die gerechte Anpassung zwischen Leistung und Gegenleistung. Damit könnte auch verhindert werden, daß Unternehmen wegen billiger Grundkosten und günstiger Anschlußtarife auf Nachbargemeinden ausweichen.

Ich bitte Sie, diese Anregung ehestens zu beachten. Danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Beitrag. Nächster Redner ist Kollege Tremml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wie bekannt, wurde vor Inbetriebnahme der ersten Ausbaustufe des BMW-Werkes geschrieben und ein großer Rummel veranstaltet und dabei recht viel über die Wohltaten gesprochen, die eigentlich dieses ausländische Unternehmen nach Steyr bringen würde. Wie Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wissen, gab der Vorsitzende des Vorstandes von BMW bekannt, daß der Ausbau des Werkes Steyr von 1.000 auf 1.800 Arbeitsplätze nun gesichert sei, weil die Bundesregierung, das Land Oberösterreich, und auch die Stadt Steyr das Projekt tatkräftig finanziell fördern. Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, bereits im Jahre 1979 steuerte der österreichische Staat für die Betriebsgründung BMW-Steyr-Daimler-Puch einen Förderungsbeitrag über 1 Milliarde Schilling bei. Sie wissen sicherlich noch, daß die Bundesregierung 900 Millionen Schilling, das Land Oberösterreich 114 Millionen S und die Stadt Steyr, das wissen wir noch besser, 21 Millionen Schilling mit den vielen Zusatzleistungen gewährten. Diese Zusatzleistungen, die nach meiner Berechnung - sie scheinen meistens in der Presse nicht so auf - machen über 60 Millionen Schilling zusätzlich aus. Begründet wurde diese Förderung seitens der SPÖ- und auch der ÖVP-Politiker mit der Schaffung von 1.500 neuen Arbeitsplätzen - ich wiederhole es nochmals, denn es gibt mit dieser Zahl immer wieder Probleme - die bis zum 1. September 1982 - also im Vorjahr - errichtet werden sollten. Bekanntlich, auch das wissen Sie, wurde erst kurz vor der Inbetriebnahme des Werkes im Februar 1982 die Steyr-Daimler-Puch AG von BMW ausgebootet. Derzeit gibt es im BMW-Werk erst 900 Beschäftigte und nicht wie versprochen 1.500. Bis Ende Mai dieses Jahres sollen es, wie man bei der Eröffnungsfeierlichkeit am 10. März hörte, 1.000 werden. Nun spricht man hier im Gemeinderat wiederum von 800 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Dafür, meine Damen und Herren, hat die SP-Regierung mit Bundeskanzler Kreisky, wie Sie auch wissen, 500 Millionen Schilling übrig und auch der Herr ÖVP-Landeshauptmann Ratzenböck 120 Millionen Schilling. Und wie auch am 10. März bekannt wurde, wird auch die Stadt Steyr, nach den Worten unseres Herrn Bürgermeisters Weiss und nach dem

nun vorliegenden Antrag an den Gemeinderat, 34 Millionen Schilling beisteuern.

Allein für das BMW-Werk in Steyr haben damit der Bund, das Land Oberösterreich und die Stadtgemeinde Steyr die Riesensumme von insgesamt 1.654 Millionen Schilling aufgebracht. Also das Land war bereit, 234 Millionen Schilling insgesamt zu geben, die Stadt Steyr an Barleistungen 55 Millionen Schilling sowie die schon erwähnten Zusatzleistungen, und für den Bund bleiben immerhin noch 1.355 Millionen Schilling. Das heißt, die öffentliche Hand zahlt an den ausländischen Multi 1/5 der Errichtungs- und Investitionskosten. Ich bin auch der Auffassung, daß solche großen Geldgeschenke an einen ausländischen Betrieb keineswegs dazu führen, daß die Region Steyr damit wirtschaftlich gesundet. In unserer Region gab es bis Ende Februar dieses Jahres an die 2.000 Arbeitslose und der Herr Bürgermeister hat heute berichtet, daß die Arbeitslosenzahl rückgängig sei. Aber es gibt immerhin noch über 1.600 Arbeitslose und darunter viele Jugendliche. In dem für die ganze Region wichtigsten Betrieb, so scheint es mir, in den Steyr-Werken, sind immerhin noch 8000 Arbeiter und Angestellte seit Herbst des Vorjahres 1982 auf Kurzarbeit gesetzt. Zur gleichen Zeit, wo wir jetzt beraten, findet eine Vollversammlung der Arbeiter und Angestellten in den Steyr-Werken statt und dort wird wiederum beraten, wie es in diesem Betrieb weitergehen soll und wie aus offiziellen Aussagen in der Presse und darüber hinaus bekannt wurde, wird man – wie man so schön sagt – eine Arbeitszeitverkürzung durchführen. In Wirklichkeit ist auch diese Maßnahme, die dort gesetzt wird, eine Kurzarbeit, bei der es zu Lohn- bzw. Gehaltsverlusten von durchschnittlich 1000 Schilling pro Arbeiter und Angestelltem kommen wird, wenn dieses Paket so durchgeht. Ich habe, wie Ihnen bereits bekannt ist, bei der Eröffnungsfeierlichkeit am 10. März an Bundeskanzler Kreisky die Frage gestellt, was die Regierung und der Kanzler selbst zu tun gedenken, um die Arbeitsplätze vor allem im Steyrer Hauptwerk zu sichern. Alle im Parlament vertretenen Parteien setzen die Arbeitsplatzfrage in den Vordergrund. Aber wie schaut es wirklich aus? Aber dem sonst an Antworten nicht verlegenen Bundeskanzler fiel zu meiner konkreten Frage offenbar nicht sehr viel ein, er meinte, daß es nicht die Aufgabe einer Regierung sei, was in einem Betrieb produziert wird und wie diese Produktion verkauft wird. Manche, so meinte der Bundeskanzler, haben eben an das Militärwaffen- und Panzergeschäft geglaubt, aber diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt, das Geschäft ist halt nicht gekommen. Mit dieser Aussage, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werden die gefährdeten Arbeitsplätze im Steyrer Hauptwerk bestimmt nicht gesichert. Und so wichtig die Ansiedlung neuer Betriebe und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Region Steyr ist, so muß der Einsatz von Steuermitteln in einem gesunden Verhältnis zum Effekt stehen. Gerechterweise aber gebührt dem einheimischen Großbetrieb, also den Steyr-Werken, und den Klein- und Mittelbetrieben die gleiche Großzügigkeit, mit der man heute das ausländische BMW-Motorenwerk fördert.

Die KPÖ-Fraktion hat der Förderung zur Errichtung des BMW-Werkes damals zugestimmt, weil ursprünglich mit Steyr-Daimler-Puch – wenigstens noch ein österreichischer Betrieb zu 50 % beteiligt war und weil es sich um eine unbedingt notwendige Strukturverbesserung in der Region Steyr handelte. Das Mindeste was bei einer Subvention aus Steuermitteln in Millionenhöhe zu berücksichtigen wäre, ist die Sicherung eines entsprechenden Mitsprache- und Mitbestimmungsrechtes, das aber nach dem Ausscheiden der Steyr-Daimler-Puch AG aus dem gemeinsamen Projekt mit BMW keinesfalls mehr gegeben ist.

Daher lehnt die KPÖ-Fraktion die beantragte neuerliche Förderung ab. Es ist auch, meine Damen und Herren des Gemeinderates, bei uns immer noch üblich, wenn man Finanzmittel in der Höhe von 20 % der Errichtungs- und Investitionskosten in eine Firma, in einen Industriebetrieb einbringt, dann wird man auch mit einem Fünftel mitbeteiligt. Aber im gegebenen Fall hat man großzügig darauf verzichtet bzw. hat man diese Mitbeteiligung nicht gewährt. Außerdem, meine Damen und Herren, glaube ich, ist es in diesem Zusammenhang nicht ganz uninteressant, zu erwähnen, daß

das BMW-Werk der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr an Bau- und Grundkosten rund 3 Millionen schuldet. Auch darüber wird in diesem Förderungspaket nicht gesprochen. Man hat öffentlich bekannt gegeben, daß in Steyr bei der Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft - gerechnet bis Oktober - es Mietzinsrückstände gibt von über 8 Millionen Schilling und das wurde auch in der Presse ziemlich breit veröffentlicht. Ich habe mir das etwas genauer angesehen und bin daraufgekommen, daß z. B. bei den Rückständen an Bau- bzw. Grundkostenbeiträgen, allein etwa 5 Millionen, der Anteil der Schulden von BMW allein 2,956.000 Schilling ausmacht. Dazu, meine Damen und Herren, stimmen Sie immer zu, nämlich daß man diesem Großbetrieb, der sicherlich nicht so notleidend ist wie die Gemeinde in finanzieller Hinsicht, nach der Bilanz von 1982, diese Schulden stundet bis 1985. Im Gegenteil man aber jenen Mietern, die aufgrund der heutigen Krisensituation oft in schwierigen Verhältnissen leben und die Miete nicht bezahlen können, die Kündigungen gibt bzw. Mahnungen schickt mit anschließender Delogierung. Die Kollegen im Wohnungsausschuß kennen einige solche Fälle, die nicht solche Fälle sind, wo gesagt wird, ich bezahle der Gemeinde einfach keine Miete, sondern aufgrund der heutigen wirtschaftlichen Situation es dazu kommt, daß heute schon infolge der hohen Mieten viele Mieter die Mieten nicht rechtzeitig bezahlen können. Also auch hier verlange ich in Zukunft ein Gleichnis. Wenn man für den großen kapitalkräftigen ausländischen Großbetrieb Stundungen durchführt, dann müßte dies auch für den einfachen Arbeiter und Angestellten gewährt werden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr Kollege Steinparzer bitte.

GEMEINDERAT FRANZ STEINPARZER:

Werter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich als Betriebsrat der Steyr-Werke, der alle Tage konfrontiert ist mit den Sorgen der Arbeitnehmer, mit den Sorgen der Kolleginnen und Kollegen weiß, daß man allen danken muß dafür, daß dieses BMW-Werk zu uns nach Steyr gekommen ist. Wir haben heute bereits gehört, daß schon über 200 Kollegen aus dem Steyr-Werk dort bereits beschäftigt sind und wir haben die berechtigte Hoffnung, indem es uns derzeit, wie jeder weiß, nicht am besten geht im Steyr-Werk, daß noch Kolleginnen und Kollegen bei BMW unterkommen können. Jeder, der heute gegen diesen Antrag stimmt, macht das nur polemisch, weil er sich damit gegen Arbeitsplätze stellt und gegen die Arbeitnehmer, gegen die Kollegenschaft in Steyr. Damit hätte ich ausgesprochen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Wird eine weitere Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Es wäre unfair, Kollegen Zagler als Berichterstatter zu diesen Dingen Stellung nehmen zu lassen, denn viele dieser Beiträge gehen auf Dinge zurück, die Kollege Zagler nicht persönlich kennt, weil er nicht unmittelbar beteiligt war. Sie erlauben mir daher, daß ich selbst dazu spreche und daher bitte ich Kollegen Schwarz, den Vorsitz zu übernehmen. Es war ja bei der BMW-Angelegenheit schon einige Male der Fall, daß ich etwas dazu sagen muß.

Die Frage der BMW-Förderung ist nicht neu, das haben wir schon seinerzeit bei der ersten Debatte gehabt, wir haben dann in der Folge die gleichen Probleme wieder vorgetragen bekommen aus verschiedenen Kreisen. Wir wissen auch, daß eine öffentliche Förderung, sei sie nun von Bund, Land oder Gemeinde immer wieder auch im mittleren Bereich der Wirtschaft, im Gewerbe, zu ähnlichen Anträgen führt, wo man der Meinung ist, daß man auch Anspruch hat – umgelegt auf pro Kopf kostet ein Arbeitsplatz so viel – öffentliche Zuschüsse. Ich möchte niemandem das Recht absprechen, sich das gleiche zu wünschen, was ein anderer erhält, muß aber hier aus der Sicht des Gemeindevertreters, des Gemeindevaters, und als der – ich bilde mir zumindest das ein – der das etwas überschauen kann bzw. vergleichen kann mit anderen Städten, mit anderen Entwicklungen, ob wir richtig oder falsch handeln. Ein ganz wesentliches Problem wird hier immer wieder übersehen. Wenn nämlich der Standort Steyr und der hat seine Vorteile für einen Industriebetrieb in vielerlei Hinsicht, das wurde schon oft gesagt, – die Ausbildungsstätten im mittleren Bereich, im Ingenieurbereich, die Handelsakademie, die Gymnasien und vor allem auch die Lehrwerkstätten, die hohe Zahl der Facharbeiter, die gute Vorausbildung, die zum Teil aus den Steyr-Werken in den BMW-Betrieb übertragen wird, das sind Vorbedingungen, die für jedes Unternehmen in dieser Branche ungemein von Vorteil sind und nicht übersehen werden dürfen, wenn ein Management einigermaßen klar die Dinge prüft und überschaut. Ich mute den Managern bei BMW im hohen Maß, das muß ich sagen, die Fähigkeit zu, solche Ortsvorteile beurteilen zu können und daraus die nötigen Entscheidungen für ihre Maßnahmen abzuleiten. Es ist aber trotzdem immer mit großem Risiko die Entscheidung verbunden, ob eine öffentliche Hand und hier insbesondere die Gemeinde, die ja bekanntlicherweise prozentuell vom Budgetvolumen her – gemessen an Land und Bund – das meiste gibt. Es ist hier zu prüfen, ob das Risiko einer Ablehnung unter Umständen damit verbunden ist, daß die Unternehmensentscheidung nicht mit Standort Steyr geendet hätte, sondern mit Standort Wien als ernsthaften Bewerber für die Ansiedlung dieses Betriebes. Wer von uns hätte heute den Mut, sich offen dazu zu bekennen für die Ablehnung der damaligen Erstentscheidung unter dem Aspekt, daß dieser Betrieb nicht gekommen wäre und stolz darauf ist, daß er verhindert hat, daß viele Millionen von der Stadt Steyr gegeben werden, dafür aber der Betrieb nicht nach Steyr gekommen ist. Ich habe immer eines erklärt, das Risiko, daß wir als Stadt Steyr Subventions- oder Barbeträge geben und in höherem Maß auf Abgaben verzichten oder diese uns zustehenden Abgaben und Steuern im Rückersatz zurückgeben, ist natürlich ganz anders zu sehen und ich glaube, daß wir damals gut beraten waren. Die gegenwärtige Beschäftigungssituation bestätigt uns in jeder Hinsicht die damaligen Schritte und die damalige Entscheidung und im Jahre 1978 konnte noch niemand ahnen, daß wir im Jahre 1983 mit dieser Schwierigkeit mit der Beschäftigung im Raum Steyr zu rechnen haben. Damit läßt sich auch ein gewisser Weitblick des Gemeinderates bestätigen, daß man hier nicht nur die Schillingbeträge zusammenzählt und sie klingen hört oder klingeln hört, sondern daß man hier auch zusammenzählt die Chancen, die sich mit solchen Maßnahmen und Entscheidungen verbinden lassen. Diese Chance wurde in Steyr wahrgenommen, das steht außer Frage. Sie können mir glauben, ob ich nun mit Bundesfunktionären, nicht nur der SPÖ, sondern auch der ÖVP und FPÖ oder mit Landespolitikern der verschiedensten Schattierungen zusammentreffe, so wird mir immer wieder neidvoll bestätigt, daß die Stadt Steyr hier eine Chance bekommen hat, um die uns alle beneiden, die sie alle für sich selbst gerne beanspruchen würden und

unter Umständen sogar mit der Bereitschaft verbunden, noch mehr an Förderungen dafür zu geben, nur um diese Möglichkeit überhaupt ergreifen zu können. Das muß man vorausschicken. Es kommt noch etwas hinzu, was eigentlich nie erwähnt wird und daher untergeht. Ich möchte das jetzt ohne jeden politischen Beigeschmack erwähnen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß eine Ansiedlung in einem Gebiet, etwa wie es der Zentralraum ist, von Wels beginnend bis nahe Enns, für einen Unternehmer viel interessanter ist aufgrund der Verkehrslage, aufgrund der ganzen wirtschaftlichen Querverbindungen, als ein Raum, der leider Gottes verkehrsmäßig immer noch abgeschnitten ist von der Zentralader Autobahn und auch von der Eisenbahn. Wir haben keine Eisenbahnlinie in der Form einer Westautobahn anzubieten.

Ich habe kürzlich einen Brief von BMW erhalten, wo neuerlich wieder mit Nachdruck gefordert wird die Betreuung der Nordspange und der S 37. Das Lkw-Aufkommen von BMW durch die Steigerung mit dem Zusatzprojekt von 150.000 auf rund 200.000 Motoren pro Jahr, wird ein Aufkommen von 60 bis 70 Fahrzeugzügen pro Tag ergeben. Aus diesem Grund ist ersichtlich, daß man das nicht nur in die Luft redet oder auf ein Papier schreibt, sondern hier liegen echte planerische Absichten zugrunde.

Die Tatsache, daß wir von zwei Projekten ausgehen müssen, ist bekannt. Kollege Tremml irrt hier ganz deutlich, wir haben das erste Projekt mit unseren Förderungsleistungen für 1000 Arbeitsplätze abgestimmt. Es wurde ein Projekt mit dem List-Motor verhandelt – damals mit Doppelfeld und Egger – unter dem Aspekt, daß auf 40 % der geplanten Betriebsfläche die Listmotor-Produktion gefahren wird. Jeder weiß, aus welchen Gründen das nicht zustande gekommen ist und welche Folgerungen daraus erwachsen sind. Die Ursprungsentscheidung war, Phase I und II in einem Zug zu bauen. Die Phase II konnte nicht besetzt werden, obwohl sie heute steht, flächenmäßig, weil der List-Motor nicht produziert wird. Nun hat sich BMW bemüht, ein Ersatzprodukt dafür zu finden und ich muß ehrlich gestehen, ich habe nie Zweifel besessen, daß BMW als weltweit bekanntes, gut fundiertes und auch gewinnbringendes Unternehmen – das ist ja allgemein bekannt – ein zumindest gleich guter Geschäftspartner für die Stadt ist oder immerhin gleich gut die Gewährleistung bietet, wie es eine gemeinsame Gesellschaft Steyr-Daimler-Puch und BMW bieten könnte für die Zusicherungen, die wir erhalten haben. Es ist damit der Vorteil verbunden, ein Unternehmen, das so gut dasteht, ist ein Ausweis dafür, daß dort wirklich hervorragend gewirtschaftet wird, in einer Zeit, wo in der Fahrzeugbranche weltweit bis Japan die großen Einbrüche existieren und ausgerechnet BMW expandiert. Das muß auch zu denken geben, wer sich wirtschaftlich Gedanken macht und mit den Dingen einigermaßen vertraut ist. Die Tatsache also, daß wir uns hier mit einem Partner eingelassen haben, bei dem wir die Sorge – jedenfalls aus der gegenwärtigen Betrachtung heraus – nicht haben müssen, daß er womöglich morgen 7 Milliarden Investitionskosten in den Rauchfang schreibt, diese Sorge hege ich persönlich nicht. Da müßten weltweite Einbrüche viel größerer Art bestehen, als wir sie heute im Industrieraum, in den Industrieländern haben. Daß wir auch heute nicht mehr sprechen von einem Zuwachs der Zahl der Arbeitsplätze im BMW-Betrieb, das wurde schon mehrmals erwähnt, weil wir froh sind und sein dürfen, durch diesen neuen Betrieb, der sich in einer hochwertigen Technologie befindet und hochwertig ausgestattet ist, wertvolle Ersatzarbeitsplätze für die inzwischen in den Steyr-Werke abgebröckelten Arbeitsplätze zu haben. Warum haben die Steyr-Werke diese Situation? Das muß man auch sagen. Ich bin schon 10 Jahre nicht mehr Betriebsrat in den Steyr-Werken, bin aber bemüht, mich laufend zu informieren, weil ich das als Bürgermeister für richtig finde, mit den größeren Unternehmungen über deren Probleme zu reden, um auch zu wissen, was los ist. Wir können doch nicht an der Arbeitswelt vorbeigehen und nur darüber reden, das wäre paradox. Weil ich aus der Kenntnis der Informationen, die ich besitze, ableiten muß, daß die Steyr-Werke nicht aus eigenem Verschulden in diese Situation geraten sind, sondern dort treffen einige Dinge zusammen, die betrüblich sind. Die relative Kleinheit des Unternehmens, gemessen an den übrigen Lkw- und Traktorproduzenten, erlaubt nicht, so preisgünstig zu produzieren,

damit im hochindustrialisierten europäischen Raum eine wirklich schlagkräftige Konkurrenzierung möglich wäre. Man muß ausweichen auf die Märkte der Dritten Welt, auf die Märkte, die leider nicht zahlungsfähig sind und die politisch so labil sind, daß man jederzeit gewärtig sein muß, daß sich dort die politische Landschaft ändert und sich die Nachfolgepolitikergeneration nicht an die Entscheidungen der Vorgänger hält. Damit ist die Labilität für ein so großes Unternehmen wie die Steyr-Werke – für uns ist es ein großes Unternehmen – vorhanden. Das ist so in Nigerien und ich weiß, daß Verhandlungen mit der Regionalregierung derzeit laufen, die aber wertlos sind ohne Bestätigung bzw. Sanktionierung der Zentralregierung, weil die Regionalregierung dort nicht in der Lage ist, die Finanzen aufzubringen für dieses Geschäft, das hier in der wechselseitigen Beziehung eingeleitet wurde. Wir haben noch etwas, was uns sehr nachteilig in den Steyr-Werken, nicht allein hier in Steyr, da weniger, aber im Konzernbetrieb, berührt. Es ist immer wieder von den Kriegsfahrzeugen der Steyr-Werke die Rede. Alle versuchen, die Steyr-Werke als Produzent von Kriegsmaterial der schwersten Sorte hinzustellen, es wird nicht vom Kettenfahrzeuggeschäft gesprochen, aber reden darüber tun vorwiegend jene, die die Arbeit nur dadurch kennen daß sie andere leisten. Das ist der große Unterschied und da redet man sich halt leichter, das ist so ähnlich wie der, der sagt, bei der Arbeit muß man sich zur Seite halten, damit der andere auch hinzu kann, beim Trinken muß man sich nach hinten halten und beim Essen nach vorne. Das ist in etwa die Methodik jener, die so gerne über die Arbeit reden. Das nächste ist, Kollege Tremml das betrifft Deine Ideologie, ein Haupteinbruch in die Wirtschaftsbeziehungen der Steyr-Werke ist entstanden durch die Unfähigkeit des polnischen Partners, die Vertragsverpflichtungen, die mit Steyr-Daimler-Puch existieren, einzuhalten

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Voll eingehalten, Kollege Feichtinger wird Dir das sagen!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nicht eingehalten und deswegen, weil diese Verpflichtungen nicht eingehalten werden können – ich kenne die Gründe zu wenig, möchte mich aber nicht einlassen auf Diskussionen in dieser Richtung, denn damit wäre ich überfordert. Ich kann mich nur auf meine Informationen verlassen. Damit werden natürlich die Finanzierungsmöglichkeiten eines Unternehmens wie Steyr-Daimler-Puch weit überfordert, die österreichische Kontrollbank hat bereits allein von ihrem Gesamtvolumen an Bedeckungen ungefähr an die 25 % im polnischen Raum gebunden. Das sind auch Hintergründe, die man sehen muß.

Zurückkommend zu BMW, meine Damen und Herren. Ich habe schon erwähnt, wir sind durch diesen glücklichen Umstand – der Zug, wo alle Förderer aufspringen können, müßte so lang sein und so viele Trittbretter haben, daß er dann wahrscheinlich nicht mehr gezogen werden könnte von einer normalen Lokomotive. Ich kann das aber als Beteiligter von der ersten Stunde weg einigermaßen beurteilen. Glauben Sie mir eines, wir haben eine glückliche Entscheidung getroffen. In diesem Jahrhundert wurde, abgesehen von der Weiterentwicklung der Werndl'schen Waffenfabriksgesellschaft in eine Automobilfabrik nach dem Ersten Weltkrieg, noch nie eine Entscheidung hier in Steyr gesetzt, die der Gründung dieses BMW-Betriebes gleichkommen würde. Es ist sicher nicht mehr meine Zeit, in der der Wert dieser Entscheidung echt zur Beurteilung heranreift. Es wird der Beurteilung der Jüngeren obliegen, die dann den echten Maßstab anlegen können an das, was in diesen Jahren geschehen ist. Es ist kein Geschenk an BMW, wir wissen, daß finanziell BMW in die Lage versetzt wäre, ohne öffentliche Hilfe dieses Unternehmen zu errichten und zu führen. Was wir aber nicht wissen und nicht wissen konnten und auch nie wissen werden, ob BMW ohne diese gewährten öffentlichen Mittel wirklich nach Steyr gegangen wäre. Das sind Fragen der Verhandlungsfähigkeit, der Verhandlungsverantwortung, das sind Fragen einer Einschätzung. Das sind keine Fragen der

Tatsachen und Fakten, das sind Vermutungen und verschiedenes andere mehr. Alles zusammen muß aus der Erfahrung eines politischen Lebens heraus ausreichen, um eine bejahende Antwort zu finden. Die wurde hier vom Gemeinderat gefunden. Ich kann daher heute nur sagen, wir wären schlecht beraten, uns solchen Entwicklungen zu verschließen, die Nachfolgenerationen könnten uns dafür unter Umständen steuern.

Ich würde daher sehr bitten, daß dem Antrag – ich nehme an, das wird geschehen – die Zustimmung erteilt wird. Ich bin mir auch sicher, daß gerade die dosierte Aufteilung auf einen Zeitraum auf 10 Jahre von verschiedenen Leistungen der Gemeinde, von denen nur, außer den 21 im Jahre 1986/87, noch einmal je 2 1/2 Millionen Bargeld stammen, daß hier eine sehr wohl dosierte und auch verkraftbare Leistung von uns angeboten wurde. Am Ende meiner Ausführungen noch ein Hinweis. Niemand hat nachgerechnet und überlegt, aber ich habe es getan, daß wir ja bereits seit 1979 vom BMW-Betrieb Lohnsummensteuer einheben, daß wir eine Hochrechnung angestellt haben und bis wir das erste Mal im Jahre 1988 eine Lohnsummensteuer rückvergüten, sofern sie dann noch existiert, oder nicht eine andere Regelung gefunden wurde, daß wir zwischendurch die Summe, die wir jetzt an Verzichtsleistungen aufwenden und an tatsächlichen Leistungen, bereits in etwa aus der Lohnsummensteuer eingeheben haben. Ich möchte das nicht groß hinausposaunen, es wäre ja dann keine Leistung der Gemeinde, sondern mehr oder weniger ein Tauschakt. Aber schon aus der Überlegung heraus, daß wir bereits vom BMW-Betrieb profitieren durch verschiedene Abgaben und Steuerleistungen, aus der Überlegung heraus wurde diese Art der Finanzierung gewählt und sie wurde vom Vorstand, den Generaldirektoren von BMW in München und Steyr, in voller Weise anerkannt.

VI ZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte mir als derzeitiger Vorsitzender einen Satz dazu gestatten. Sicher ist, wenn das BMW-Werk nicht hier in Steyr wäre, daß diese 1000 Menschen, die jetzt dort beschäftigt sind, keinen Arbeitsplatz hätten. Die Hälfte davon sind Steyrer, es wären also ungefähr 500 Steyrer damit derzeit arbeitslos. Das ist eine Schlußfolgerung, die sicher richtig ist. Ich glaube, daß man auch eines sagen muß, daß es meines Erachtens nach nicht so sehr darauf ankommt, wie groß die Beträge sind. In vielen Bereichen mag Kollege Tremml nicht unrecht haben. Aber es kommt eben darauf an, daß sichergestellt ist, daß die Menschen dort beschäftigt sein können. Daß die Initiativen in erster Linie von unserer Stadt ausgegangen sind, das möchte ich auch betonen, weil wir in erster Linie Nutznießer dieser Einrichtung sind, das muß gesagt werden. In erster Linie war es unser Bürgermeister Weiss, der die entsprechenden Weichenstellungen vorgenommen hat, und auch die Verhandlungen geführt hat, die letztlich dazu geführt haben, daß es so weit gekommen ist. Wir werden es erst in einigen Jahren oder vielleicht erst in einigen Jahrzehnten richtig ermessen können, was dieses Werk für Steyr bedeutet. Es sind ja nicht nur die 500 oder 1000 Arbeitsplätze, sondern es handelt sich darüber hinaus um weit mehr in den Zulieferbetrieben.

Ich glaube, daß daher alle Entscheidungen in diesem Zusammenhang, die wir hier gemeinsam getroffen haben, richtig waren.

Herr Bürgermeister ich danke Dir für Deinen Beitrag und übergebe wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich frage, wer noch das Wort wünscht? Nochmals Kollege Tremml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren.

Ich werde mich sicher nicht mit einer Polemik mit Bürgermeisters Weiss auseinandersetzen. Er hat seine feste Meinung zu diesem Projekt und er kennt meine Auffassung.

Wie jeder weiß, war ich mehr oder weniger gezwungen, aufgrund der prekären Situation in Steyr, für die Errichtung des BMW-Motorenwerkes auch die Zustimmung zu erteilen zur ersten Ausbaustufe, wie man sie jetzt nennt. Ich war auch bereit, im Jahre 1981 im Herbst, als die zusätzliche Vereinbarung zwischen der Stadt und BMW getroffen wurde. Ich möchte Sie auch aufmerksam machen, bevor Sie abstimmen, daß es einen Gemeinderatsbeschluß gibt vom 13. Mai 1980, der nach wie vor aufrecht ist und bis heute nicht aufgehoben wurde durch einen Beschluß des Gemeinderates, wonach die Stadt Steyr bereit ist, BMW eine Förderung für den Ausbau des Werkes auf 1.500 Beschäftigte zu geben. Ich irre also nicht, das ist der Beschluß und der ist nach wie vor aufrecht, auch wenn Sie heute den Antrag beschließen, wird dieser Beschluß damit nicht aufgehoben, weil in diesem Antrag kein einziger Satz in dieser Richtung steht. Das ist nicht meine Angelegenheit. Ich werde jedenfalls der zusätzlichen Förderung und diesem ganzen Spiel nicht die Zustimmung geben aus weiteren Gründen. Jeder – auch der Herr Bürgermeister – weiß das ganz genau, als wir öffentlich in der Gemeinderatsitzung diese Förderung beschlossen haben, das war im Mai, wurde gesagt, das ist der Plafond. Der Herr Assessor Doppelfeld hat anlässlich seiner Ehrung wieder das gesagt – das ist nachzulesen im Protokoll – er verstehe das, die Stadt Steyr kann nicht mehr, sie hat ihr möglichstes gegeben zur Förderung. Wir sind jetzt aber unzufrieden und möchten ein bißchen mehr. Es ist ja immer wieder zum Ausdruck gekommen, daß Land und Bund nicht in dieser Form die Förderung gegeben haben, wie es den Vorstellungen von BMW entsprochen hätte, nämlich die Anpassung an die Förderungssumme von General Motors. Das war ja jetzt im nachhinein wieder die Forderung bzw. das Begehren von BMW. Dieses Spiel, meine Damen und Herren, mache ich nicht mit. Ich habe schon einen ganzen Akt, der ist ziemlich dick, und ich könnte ihnen aus Zeitungen vorlesen, nämlich aus der Betriebszeitung, die BMW herausgibt für über 40.000 Beschäftigte, wo sie in der Jänner-Nummer noch klar und deutlich zum Ausdruck bringen, gebaut wird in Regensburg und nicht in Steyr. Das war wiederum ein Druckmittel auf die öffentliche Hand, auf die Landesregierung und auch auf die Stadt und auf die Bundesregierung. Auf diese Druckmittel, so glaube ich, kann man nicht weiter eingehen. Auch Bürgermeister Weiss hat nach der Ausbootung der Steyr-Daimler-Puch erklärt, auf der Bürgermeisterseite, das können Sie ja selbst nachlesen ...

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Das ist eher für die Neue Zeit, was Du jetzt vorbringst.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das wird nicht drinnen stehen, das ist schon so abgedroschen. Aber ich muß das in Erinnerung rufen, daß auch der Herr Bürgermeister schon damals darauf hingewiesen hat, daß wir zu BMW weiteres Vertrauen haben müssen trotz dieser peinlichen Geschichte, daß Steyr nicht mehr dabei ist. Es besteht auch sicherlich kein Grund, an den eingegangenen Förderungsverträgen nicht festzuhalten. Gemeint sind damit die 1.500 Arbeitsplätze, denn bis dahin hat es keinen anderen Beschluß gegeben. Schließlich werden im Vollausbau nahezu 7 Milliarden Schilling investiert sein. Das war auch schon zu diesem Zeitpunkt, den ich erwähnt habe. Aus diesen Gründen werde ich dieser Förderung im Auftrag meiner Partei, der weiteren Förderung, die Zustimmung versagen.

Auf die Schwierigkeiten in den Steyr-Werken habe ich bei meiner ersten Wortmeldung in Kurzfassung hingewiesen und erwähnt, daß hier die Probleme nicht gelöst werden, auch wenn man es noch so oft wiederholt. Auch wenn man sagt, bei BMW liegen 200 Anträge auf von Steyr-Werksbediensteten und man sagt ja, daß diese bevorzugt werden. Kollege Steinparzer ist ein Befürworter von BMW, sagt aber nichts, denn im Betriebsrat wurde diese Frage ja schon behandelt und er müßte wissen, daß von diesen 200, die sich beworben haben vom Steyr-Werk, bis jetzt von der Personalstelle nur zwei eine positive Antwort erhalten haben. Der Herr Bürgermeister weiß

sicher genau, warum er bei der neuerlichen Vereinbarung den Passus hineingenommen hat, daß diese Förderung nur gegeben wird, wenn von BMW versucht wird, daß 60 % der Belegschaft Steyrer Bürger sein werden. Da gibt es schon berechnete Dinge.

Daß man natürlich immer wieder die kommunistischen Staaten mit einbaut, daß in der österreichischen Wirtschaft die Krise dort zu suchen ist, daß die kommunistischen Staaten daran schuld seien. Ich möchte erinnern daran, daß aufgrund der gleichen Situation, die unser Herr Bürgermeister vorhin geschildert hat, warum es so schwierig ist auch für unseren wichtigsten Betrieb, dementsprechend kostengünstig usw. zu verkaufen, weil die Konkurrenz so groß ist. Im Jahre 1975 und 1976 war die Steyr-Daimler-Puch AG in einer so tiefen Krise, daß man damals schon nicht 1000, sondern bereits 2000 Arbeiter hätte kündigen müssen. Erinnern Sie sich doch daran, als diese großen Lkw's dort oben gestanden sind und man nicht wußte, wohin man mit dieser Überproduktion soll. Hier ist Polen eingesprungen, aber die hatten damals nicht das erforderliche Geld, um diese Produkte in diesem Ausmaß abzunehmen. Hier war es wiederum der österreichische Staat, es war damals Androsch, der verhandelt hat und der auch der Geldgeber war. Also die Firma Steyr-Daimler-Puch hat aus diesem Vertrag mit Polen keinen Verlust erlitten. Und wenn Generaldirektor-Stellvertreter Feichtinger hier wäre, dann müßte er das bestätigen, was er kürzlich auch beim Neujahrsempfang erklärt hat, daß durch den Polenvertrag kein Verlust eingetreten ist. Diese Hoffnungen und Bestrebungen habe ich unterstützt, soweit ich Verbindungen habe, daß das Geschäft ausgedehnt wird. Da spielen natürlich die eingetretenen Ereignisse in Polen eine solche Rolle, daß dieses zusätzliche Geschäft nicht gekommen ist. Wir hoffen bei einer Normalisierung, daß hier die normalen Handelspartner mit Steyr auch wieder stärker ins Spiel kommen werden. Aber daß man immer wieder nur Polen bzw. die kommunistischen Länder erwähnt, damit werden wir keinen zusätzlichen Auftrag nach Steyr bringen. Ich könnte Ihnen jetzt lange erzählen und auch der Herr Bürgermeister weiß das, wenn er sagt die GFM als zweitstärkster Betrieb mit 1.000 Beschäftigten expandiert, das heißt, sie brauchen Grund, damit sie die Fabrik ausbauen können – hier sind auch wieder Schranken durch die Steyr-Werke gesetzt – und sie haben Aufträge bis zum Jahre 1985. Dabei ist ja auch die Sowjetunion nicht minder beteiligt. Die größte Schmiedemaschine der Welt erzeugt dieser Betrieb und darauf bin ich sehr stolz, daß dies in der Stadt Steyr der Fall ist, und zwar in einem Steyrer Betrieb, und diese Maschine wird 1985 in die Sowjetunion geliefert, Kollege Heumann. Der Abtransport dieser Maschine erfordert 236 Tieflader, sowjetische Eisenbahnwaggons, die nach Enns geschickt werden, damit diese Maschine an ihr Ziel gelangt. Sie können sich vorstellen, welche Aufträge das sind. Und wenn sie etwas besser das Tagblatt lesen würden, das lesen Sie nicht einmal so groß in der Neuen Zeit, von der Schiffstaufe von gestern, dann wüßten Sie auch, wie entscheidend gerade heute diese Aufträge sind. Und wenn man das Tagblatt noch besser liest, z. B. vor drei Tagen – die Neue Zeit druckt bekanntlich nicht in so großen roten Lettern – haben sie dort geschrieben, die Kurzarbeit kann beigelegt werden durch die großen Aufträge. Das ist nur so nebenbei erwähnt, um endlich einmal auch hier wirklich real die Wirtschaftspolitik zu sehen. Ich glaube, daß derartige Äußerungen – ich bin sicher so ein überlegter Politiker, daß ich keinen Satz in der Neuen Zeit morgen veröffentlichen werde über diese Debatte, weil diese Neue Zeit lesen vielleicht nicht Sie, vielleicht auch nicht der Betriebsrat oder manche Funktionäre, aber sie wird doch gelesen von bestimmten Kreisen, wo es bestimmt nicht gut wäre, wenn man eine solche Debatte bzw. herabwürdigende Rolle dieser Staaten hier in diesem Gemeinderat diskutiert.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Lieber Kollege Tremel, dazu muß ich Dir allerdings eines sagen. Wer solche Diskussionen heraufbeschwört, bin weder ich noch ein anderer Teilnehmer in diesem Kreis. Diese kommen immer wieder von Dir und wenn über die Zusammenhänge BMW – Steyr-Werke – Arbeitsplätze – Wirtschaft – Region usw. gesprochen wird und wenn dabei die

schlechte Wirtschaft und die Arbeitsplatzsituation von Dir angeschnitten wird, muß es das gute Recht sein, wenn von Dir die Kritik am westlichen Wirtschaftssystem, sicherlich manchmal nicht unberechtigt, erfolgt, daß wir auch die Dinge aufzeigen, die unserer Meinung nach in unserem Hauptbetrieb in Steyr halt auch zu Schwierigkeiten führen. Nicht mehr und nicht weniger wurde hier gemacht. Es wurde ja keine Grundsatzdebatte abgewickelt – dazu gibt es ganz andere Gremien und Leute, die viel mehr davon wissen – über Ost- und Westhandel, über östliche Planwirtschaft oder über freie Wirtschaft im Westen. Das ist nicht Thema unserer Diskussion, aber wenn es schon darum geht, die Schwierigkeiten dieser Betriebe aufzuzeigen, dann gehört das Polengeschäft mit dazu. Ich habe ja nicht gesagt wer verantwortlich ist. Aber die Tatsache, daß das eine der Schwierigkeiten in den Steyr-Werken ist, ist unleugbar. Wenn wir offen reden, dann müssen wir in jeder Richtung offen reden. Mehr wollte ich gar nicht bezwecken.

Kollege Manetsgruber hat sich zu Wort gemeldet, bitte.

GEMEINDERAT JOHANN MANETSGRUBER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Ich möchte zu dieser Diskussion auch einen Beitrag leisten. Wenn wir die Situation in Steyr betrachten, das Hauptwerk im besonderen beleuchten, dann müssen wir uns auch ein wenig die Situation, die gegenwärtig am Weltmarkt und im besonderen in der westlichen Welt zutage tritt, anschauen. Es betrifft ja nicht nur die Steyr-Werke, sondern auch die großen Erzeuger, die Firma Mercedes, die Firma MAN, die am Lkw-Sektor mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Wir kennen auch die Schwierigkeiten in den USA auf diesem Gebiet. Und ich kann Ihnen sagen – das können Sie jederzeit nachforschen – die Firma Mercedes radiert die roten Ziffern am Lkw-Sektor nur mit dem Pkw-Verkauf und nimmt den Lkw überhaupt weg. Kollege Tremml jongliert mit Millionen, die vom Bund, vom Land und von der Stadtgemeinde gegeben wurden. Und da muß ich, – so sehr es mir leid tut, daß das Zustandekommen des List-Motors und die Zusammenarbeit nicht weitergeführt werden konnte, weil der Motor eben noch nicht einsatzfähig ist, – aber als Gewerkschafter die Tatsache begrüßen, daß es in Steyr und hier bei BMW derzeit rund – wie schon genannt wurde – 900, im Mai 1.000, Beschäftigte gibt. Und wenn man hier eine Ausbaustufe forciert, wo weitere 800 Kolleginnen und Kollegen Arbeit finden, dann können wir als Gewerkschafter diese Tatsache nur begrüßen. Wir haben heute eingangs der Sitzung von unserem Bürgermeister die Ziffern erhalten, wieviele Personen wir in Steyr noch haben, die ohne Beschäftigung sind. Es ist nicht unrichtig, wenn Kollege Tremml hier Polen zitiert. Tatsache ist, daß wir die Geschäftsverbindungen aufgrund verschiedener Vorkommnisse nicht mehr weiter entwickeln konnten. Wir kennen die Schwierigkeiten mit Nigieren und das sind Dinge, die mit hereinspielen. Ich muß aber auch sagen, es wird das Problem der Kettenfahrzeuge immer wieder hochgespielt und es ist auch die kommunistische Partei, die dazu beiträgt, daß wir verschiedene Dinge nicht machen können. Wenn man aber ehrlich ist, muß man auf der anderen Seite andere Lieferanten anschauen, z. B. die UDSSR, USA, die Waffen liefern in die Dritte Welt. Da spielt das überhaupt keine Rolle, wenn man aber Waffen in Österreich erzeugt, dann ist das scheinbar eine Gefahr für den Frieden. Der Indianer würde hier sagen, man spricht mit gespaltener Zunge.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Der Bundeskanzler ist doch kein Indianer!

GEMEINDERAT JOHANN MANETSGRUBER:

Kollege Tremml, verfolge einmal genau die Waffenexporte, die die UDSSR und die "demokratischen" Staaten in die Dritte Welt durchführen. Dann wirst Du daraufkommen, daß die UDSSR mitunter auch der größte Waffenlieferant für diese Länder ist. Ich muß schon sagen, so geht das nicht. Ich darf nochmals sagen, wir kennen die Schwierigkeiten, die wir haben. Wenn man aber von BMW als den Multikonzern

spricht, man muß auf Sicht gesehen den Rückfluß an verschiedenen Steuern betrachten, die wiederum der Stadt zugute kommen.

Wir als Gewerkschafter können es nochmals begrüßen, daß hier in Steyr zusätzlich insgesamt 1800 Arbeitsplätze geschaffen werden. Wenn das nicht der Fall wäre, dann würden wir uns vielleicht heute über ganz andere Dinge unterhalten müssen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht mehr vor. Der Referent spricht nun sein Schlußwort.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich wäre wirklich überfordert gewesen damit und gebe das ohne weiteres zu, ein so umfassendes Referat zu den Förderungen des BMW-Motorenwerkes abzugeben, nachdem ich nicht ein Mann der ersten Stunde war, so wie Du, und auch nicht bei den ganzen Verhandlungen dabei war, wo diese Dinge zum Tragen kamen. Trotzdem macht man sich natürlich, nicht nur als Bürger dieser Stadt, sondern auch hier im Gemeinderat, als Gemeinderatsmitglied, seine Gedanken, wenn so hohe Beträge an Förderungsgeldern gegeben werden. Auch ich habe mir den Gedanken gemacht, ob es richtig ist, BMW zu fördern, oder dieses Geld anderswo zu verwenden. Ich habe mich sehr gefreut über das, was unser Herr Bundeskanzler auf meine Frage – ich könnte es jetzt so machen, wie vorerst Du, damit es ausschaut, ich habe ihn selbst gefragt, obwohl ich ihn nicht selbst gefragt habe – geantwortet hat. Ich habe gefragt, ob nicht sinnvollerweise auch das Kleingewerbe gefördert gehört, und er hat geantwortet, ja haben Sie nicht aufgepaßt auf das Kolleg über Volkswirtschaftslehre, das der Herr von Kuenheim – und nicht Kuenring, wie der Herr Landeshauptmann Ratzenböck gemeint hat – gehalten hat, wo er gesagt hat, Förderung der Großindustrie hat einen sehr erheblichen Anteil an Umweltsrentabilität und Umweltsnutzung für andere Betriebe zu geben. Ich darf ja aus Deiner Wortmeldung, Gemeinderat Schwarz, annehmen, daß Deine Fraktion hier zustimmt, nachdem auch der Herr Landeshauptmann – allerdings ziemlich spät – seine Zustimmung zum Förderungspaket gegeben hat.

Zum Gemeinderat Tremel muß ich schon sagen, mein Zwischenruf mit Moskau war so gemeint, mitbestimmen ja, aber einmischen und wegdiskutieren aller anderen Entscheidungsträger das kann sicherlich nicht gehen. Genau so wie ein Sprung über Deinen eigenen Schatten einmal erfolgen sollte, daß nicht nur die Planwirtschaft und nicht nur der Staat als Unternehmer etwas Gutes für die Gemeinschaft leistet, sondern daß sehr wohl in einer sozialen Marktwirtschaft auch private Unternehmer ihren Beitrag für die Gemeinschaft leisten. Auch das ist in der Diskussion herausgekommen, daß durch Steuereingänge, durch Steuererträge in den nächsten Jahren und andere Maßnahmen – ob das der BMW-Konzern oder andere Dinge sind, die noch kommen – sicherlich für die Gemeinschaft und für die Gesellschaft noch vieles zu erwarten ist.

Kollege Steinparzer und Kollege Manetsgruber haben die Arbeitsmarktsituation sehr gut dargestellt als solche und die Ersatzarbeitsplätze erwähnt, die man leider immer wieder braucht, weil Rationalisierungen Arbeitsplätze kosten. Ich will aber jetzt keine Arbeitsplatzdiskussion abführen, weil auch andere Dinge außer den Rationalisierungen Ursache für einen Schwund an Arbeitsplätzen darstellen.

Unser Herr Bürgermeister hat ja in seiner Rede gesagt, daß die Standortfrage generell zu klären war und damit sind wir beim Eigentlichen, was uns im Gemeinderat interessieren muß, wo ist der Nutzen für die Bürger dieser Stadt, für die Bewohner dieser Stadt? Wenn hier überlegt wird, ob BMW hier stehen soll oder in Wien stehen soll oder in Regensburg oder in Spanien, dann muß ich sagen, der Nutzen für unsere Stadt ist sicher größer und das Förderungspaket in diesem Ausmaß auch gerecht. Daß nicht überlizitiert wurde, sondern daß BMW an den Rand des Möglichen geht, das ist in der Wirtschaft so, daß die Mobilität eines Gründers eines Unternehmens natürlich größer ist als die Mobilität eines bestehenden Unternehmens, das ist auch klar. Das heißt, der ansässige – und damit auch das, was Gemeinderat Schwarz ge-

meint hat - Betrieb, der gewachsene, der gestandene Betrieb wird sehr wohl eine Übersiedlung woanders hin überlegen und viel weniger rasch bereit sein, eine andere Standortwahl zu ergreifen, als ein Betrieb, der neu gegründet wird. Ich glaube, das sind betriebswirtschaftliche Tatsachen, über die man nicht diskutieren muß.

Abschließend würde ich nochmals bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen, weil ich glaube, daß diese 34 Millionen Schilling einen sehr großen Nutzen für die Stadt und die gesamte Region ergeben werden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, der Referent hat etwas vergessen zu erwähnen. Ich schlage vor, damit hier jeder Irrtum ausgeschlossen ist künftighin, es wurde schon so oft gesagt, was mit den 1.500 Arbeitsplätzen es für eine Bewandnis hat. Ich möchte, daß hier der Zusatz angefügt wird, zugleich wird der Gemeinderatsbeschluß vom 13. 5. 1980 aufgehoben. Dann gibt es über diesen Punkt keine Diskussion mehr. Es wurde doch immer gesagt, daß der Beschluß nicht erfüllt werden konnte, weil das List-Projekt nicht verwirklicht wurde, daher kann man sie auch nicht erfüllen diese Zusicherung. Sie ist aber jetzt eingebunden in diese Förderung. Um es ganz klar zu sagen, geben wir diesen Satz zum Antrag dazu und der Referent wird das ergänzen.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Ich bitte Sie, über die Ergänzung ebenfalls abstimmen zu lassen, daß als 5. Punkt aufgenommen wird: "Zugleich wird mit dieser Förderung der Gemeinderatsbeschluß vom 13. 5. 1980 aufgehoben".

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sind Sie mit dieser Ergänzung einverstanden? Danke.

Dann bin ich nur mehr dem Kollegen Schwarz vor der Abstimmung insofern eine Antwort schuldig, ich habe das zuerst übersehen, Entschuldigung. Es wird an der Überarbeitung der Kanalgebührenordnung bereits gearbeitet. Wir helfen uns darüber hinweg, indem wir bei Neugründungen von Betrieben oder Erweiterungen eben mit Ermäßigungen dieser Kanalanschlußgebühren vorgehen. Das nur als Antwort auf diese Frage, daß man in dieser Richtung schon helfend den Gewerbebetrieben zur Seite steht.

Wir stimmen nun darüber ab. Ich frage Sie, wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe? (1 Gegenstimme - GR Tremel). Enthaltungen? Keine, damit ist der Antrag beschlossen.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Der nächste Antrag des Stadtsenates behandelt die Gewährung einer Subvention an die Personalvertretung des Magistrates Steyr zur Durchführung von Personalbetreuungsaufgaben.

32) Pers-265/83

Gewährung einer Subvention an die Personalvertretung des Magistrates Steyr zur Durchführung von Personalbetreuungsaufgaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion wird der Personalvertretung des Magistrates Steyr über Ansuchen zur Durchführung verschiedener sozialer Aktionen im Rahmen der Personalbetreuung eine Subvention in Höhe von

S 345.000,-- (Schilling dreihundertfünfundvierzigtausend)

gewährt und dieser Betrag bei VSt 1/094999§757000 freigegeben.

Über die widmungsgemäße Verwendung der Subvention ist von der Personalvertretung nach Ablauf des Rechnungsjahres zu berichten. Gleichzeitig wird der Bericht vom 11. März 1983 über die Verwendung der Subvention für das Jahr 1982 zur Kenntnis genommen.

Ich darf auch hier um die Diskussion bzw. anschließende Abstimmung ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich war bei der Vollversammlung der Personalvertretung der Magistratsbediensteten, es werden dort ausführliche Berichte erstattet, was mit den Geldern, die der Gemeinderat zur Verfügung stellt, geschehen ist. Es wird auch jedes Jahr von der Personalvertretung ein schriftlicher Bericht an die Direktion vorgelegt, was hier an Leistungen für die Bediensteten erfüllt worden ist. Diesbezüglich können wir uns wirklich voll informiert geben und ich würde den Antrag diesbezüglich auch unterstützen. Gibt es zu diesem Antrag eine Frage? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Nein. Enthaltung? Auch nicht, der Antrag findet allgemeine Zustimmung.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Der nächste Antrag behandelt die Subvention 1983 und den Personalkostenersatz für den Fremdenverkehrsverband Steyr. Ich bitte Sie, folgenden Antrag zu genehmigen:

33) Ha-165/83

Fremdenverkehrsverband Steyr; Subvention
1983 und Personalkostenersatz.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 28. Februar 1983 wird dem Fremdenverkehrsverband Steyr eine Subvention für das Jahr 1983, zahlbar in zwei Raten, in Höhe von S 500.000,- gewährt.

Der Personalkostenersatz für VB Göls an die Stadtgemeinde Steyr ist nicht mehr in voller Höhe, sondern nur mehr zu zwei Dritteln zu leisten, da eine Überprüfung für das Jahr 1982 ergeben hat, daß von der Subvention der Stadt Steyr in Höhe von S 500.000,- ein Betrag von S 303.108,26 an diese wieder in Form des Personalkostenersatzes zurückgeflossen ist.

Dies bedeutet, daß die erste Halbjahresrate von S 250.000,- zur Gänze ausbezahlt wird, während von der zweiten Halbjahresrate (zahlbar September 1983) der Betrag von rund S 210.000,- (2/3 Personalkosten) in Abzug zu bringen ist, so daß bei dieser Rate letztlich ca. S 40.000,- – je nach tatsächlichem Personalkostenanteil – zur Auszahlung gelangen.

Zum genannten Zweck wird daher ein Betrag in Höhe von
S 290.000,- (Schilling zweihundertneunzigtausend)

bei VA-St 1/771000/757000 freigegeben.

Im gegenständlichen Fall gelangt die 20 %ige Kreditsperre nicht zur Anwendung. Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird infolge Dringlichkeit der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Das wäre der Antrag, den ich zur Diskussion stellen möchte bzw. anschließend zur Abstimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht so. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltung? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Die nächsten zwei Anträge, die ich Ihnen zur Verlesung bringe, sind Formalanträge, die als rechtliche Grundlage zur Erstellung des Rechnungsabschlusses für das Rechnungsjahr 1982 dienen. Der erste lautet:

34) Buch-6700/82

Deckung des außerordentlichen Haushaltes
1982 und Entnahmen aus Rücklagen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Deckung des Abganges im außerordentlichen Haushalt in Höhe von	
S 44,429.255,35 sind aus der Rücklage für die Reinhaltung des Grund- und Quell-	
wassers	S 793.303,45
und der Allgemeinen- und Betriebsmittellrücklage	S 35,047.920,52
zu entnehmen.	

Ferner sind aus dem ordentlichen Haushalt an den außerordent-	
lichen Haushalt	S 8,588.031,38
zuzuführen, so daß der Abgang des außerordentlichen Haus-	
haltes in Höhe von	S 44,429.255,35
	=====

zur Gänze gedeckt ist.

Hiezu wird bei der VA-St. 1/9800/9100 der Betrag von S 4,575.000,- freigegeben und eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 4,013.000,- bei derselben VA-St. bewilligt.

Ich darf um die Abstimmung ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine vorhanden. Wer ist gegen den Antrag? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Der letzte Antrag, den ich Ihnen vorzulegen habe, behandelt die Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1982.

35) Buch-6700/82

Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter
Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1982.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Anlage angeführten Überschreitungen von Ausgabenkrediten des Voranschlages (inkl. Nachtragsvoranschlag) 1982 von insgesamt S 19,115.200,- werden genehmigt.

(BEILAGE C)

Ich bitte Sie, den Antrag zur Diskussion zu stellen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wird zu diesem Antrag ein Beitrag gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen den Antrag? Enthaltung? Beides nicht, auch dieser Antrag findet einhellige Zustimmung.

Ich danke dem Referenten, nächster ist Kollege Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Bevor ich Ihnen die letzten zwei Anträge vortrage, darf ich einige Dinge vorbringen. Ich wurde ersucht, anlässlich der Hauptversammlung unserer Feuerwehr, Ihnen, und im besonderen unserem Herrn Bürgermeister, für die finanzielle Unterstützung im Jahre 1982 herzlich zu danken. Das wurde von vielen Referenten wiederholt bei dieser Versammlung zum Ausdruck gebracht. Ich darf Ihnen aber auch einen kurzen Bericht vom Jahre 1982 bringen. 193 aktive Männer waren im Einsatz, im Katastrophenhilfsdienst 30 Mann und in der Wasserwehr 30 Mann und 10 Jungfeuerwehrmänner. Leider kann ich nichts über Frauen berichten. Im Brandeinsatz waren 57 Einsätze im Jahre 1982 notwendig, das heißt, daß jede Woche ein Brandeinsatz war. Im technischen Dienst waren es sogar 203 Einsätze und 25 waren es bei der Wasserwehr. Sie sehen daraus, daß sehr viel für unsere Bevölkerung geleistet wird und ich glaube, daß unsere Feuerwehr auch weiterhin nach dem Motto: "Retten, schützen und helfen" für die Steyrer Bevölkerung da sein wird.

Und nun zu den Anträgen. Der erste Antrag lautet:

36) FW-850/82

Ankauf eines Universallöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr; Restzahlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 3. 6. 1982 wurde der Ankauf eines Universallöschfahrzeuges, Type SFL, bei der Firma Rosenbauer zum Preise von S 2.296.717 genehmigt. Gleichzeitig wurde der erste Teilzahlungsbetrag von S 800.000,- freigegeben. Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 4. 1. 1983 wird nunmehr der zur Bezahlung der noch offenen Restforderung erforderliche Betrag in Höhe von S 1.496.717,- (Schilling eine Million vierhundertsechszehnzigtausendsiebenhundsiebzehn)

bei der VSt 5/163000/040010, Rechnungsjahr 1983, freigegeben.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Beim nächsten Antrag geht es um die Erlassung einer Feuerwehr-Tarifordnung. Im Übereinkommen mit dem Landesfeuerwehr-Kommando wurde diese Tarifierhöhung um 20 - 25 % abgesprochen. Der Antrag lautet:

37) Gem-7401/82

Gem-6587/77

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr; entgeltliche Einsatzleistungen und entgeltliche Bereitstellung von Geräten; Erlassung einer Tarifordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 25. März 1983 wird die in der Anlage beigeschlossene Feuerwehr-Tarifordnung für Dienst- und Sachleistungen (Sonderleistungen) der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr genehmigt.

Die Kundmachung dieser Tarifordnung hat durch Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Steyr zu erfolgen.
(BEILAGE D).

Ich bitte Sie, den Antrag zu genehmigen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Enthaltung? Beides nicht, somit findet auch der letzte Antrag die einhellige Zustimmung.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt. Wir haben heute mit unseren Beschlüssen einen Betrag von insgesamt S 135.183.000,- beschlossen und damit zum Umsatz im Sinne einer Arbeitsbeschaffung beigetragen.

Eine Wortmeldung zur Aktuellen Stunde ist mir nicht bekannt, alle Fraktionen haben erklärt, daß sie heute keinen Beitrag dazu hätten. Ich bin damit in der Lage, die Sitzung jetzt abzuschließen. Ich danke Ihnen für die Mitwirkung. Es war eine Sitzung mit etwas Spannung, etwas Humor und man hätte beinahe sagen können, daß wir verspätet Fasching gefeiert haben. Wir haben aber doch mit der heutigen Sitzung wieder wertvolle Arbeit geleistet. Die Wirkungen dieser Entscheidungen,

die Sie getroffen haben, werden wir erst in der Folge verspüren und der Öffentlichkeit präsentieren können.

Damit darf ich die Sitzung schließen. Ich danke Ihnen für die Mitwirkung.

Ende der Sitzung: 18.20 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Franz Weiss e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

MK. Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

VB. Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Dr. Kurt Keiler e. h.

Franz Mayr e. h.

